



HESSEN



Bericht aus Brüssel

22/2018 vom 30.11.2018

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles	3
Außen- und Verteidigungspolitik	5
Europäisches Parlament	7
Ausschuss der Regionen	10
Wirtschaft	10
Verkehr	14
Energie	15
Forschung	15
Finanzdienstleistungen	16
Finanzen	17
Soziales	19
Gesundheit und Verbraucherschutz	20
Umwelt	21
Landwirtschaft	23
Justiz	25
Inneres	27
Bildung und Kultur	31
EU-Förderprogramme	32
Veranstaltungen	34
Vorschau	38

ER; Sondergipfel zum Brexit-Austrittsabkommen

Am 25.11.2018 traf sich der Europäische Rat (ER) im Art. 50-Format (EU27) zu einem Sondergipfel. Die Staats- und Regierungschefs billigten das Austrittsabkommen mit GBR, auf das sich die Verhandlungsteams von Kommission und GBR am 14.11.2018 geeinigt hatten. Die britische Regierung hatte dem Abkommen bereits am 14.11.2018 zugestimmt. Ferner wurde vom ER eine mit GBR vereinbarte politische Erklärung zum zukünftigen Verhältnis der EU-27 zu GBR angenommen, in der sich die Parteien zu einer engen zukünftigen Partnerschaft bekennen. Als Auffanglösung für Nordirland, was bis zuletzt ein heftig umstrittener Punkt war, wurde sich darauf geeinigt, dass Nordirland im Binnenmarkt und Zollunion bleibe und GBR in der Zollunion. Im Gegenzug verpflichtete sich GBR, die EU-Standards im Arbeits-, Sozial- und Umweltrecht als auch die Beihilferegeln beizubehalten. Die Auffanglösung tritt nur in Kraft, falls die EU und GBR keine Einigung über ein Abkommen zur zukünftigen Partnerschaft und eine Lösung für Nordirland innerhalb der Übergangsphase finden. Die Übergangsphase ist bis Ende 2020 vorgesehen, kann aber längstens bis 2022 verlängert werden. Der politische Zustimmungsprozess wurde damit erfolgreich abgeschlossen, allerdings steht noch die Annahme durch das britische Unterhaus und das EP aus. Die Abstimmung im Unterhaus ist für den 11.12.2018 vorgesehen.

[https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/11/25/european-council-art-50-conclusions-25-november-2018/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Au%c3%9ferordentliche+Tagung+des+Europ%c3%a4ischen+Rates+\(Artikel+50\)+\(25.+November+2018\)+%e2%80%93+Schlussfolgerungen](https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/11/25/european-council-art-50-conclusions-25-november-2018/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Au%c3%9ferordentliche+Tagung+des+Europ%c3%a4ischen+Rates+(Artikel+50)+(25.+November+2018)+%e2%80%93+Schlussfolgerungen)

https://ec.europa.eu/commission/publications/draft-agreement-withdrawal-united-kingdom-great-britain-and-northern-ireland-european-union-and-european-atomic-energy-community-agreed-negotiators-level-14-november-2018_de

https://ec.europa.eu/commission/publications/political-declaration-setting-out-framework-future-relationship-between-european-union-and-united-kingdom_en

EuG; Klage britischer Staatsbürger gegen Aufnahme der Brexit-Verhandlungen abgelehnt

Dreizehn britische Staatsbürger klagten vor dem Gericht der Europäischen Union (EuG) (Az. T-458/17 Shindler u. a.) gegen den Beschluss des Europäischen Rates, mit dem die Ermächtigung zur Aufnahme der Brexit-Verhandlungen erteilt wurde. Da die Kläger nicht in GBR lebten, konnten sie nicht an dem Referendum zu Austritt oder Verbleib in der EU teilnehmen. Gleichzeitig wirkte sich die Aufnahme der Brexit-Verhandlungen direkt auf ihre Unionsbürgerschaft aus, die sie am 29.03.2019 unausweichlich verlören. Das EuG wies die Klage ab, da sich die Rechtsstellung der Briten nicht aufgrund des Beschlusses zur Aufnahme der Verhandlungen verändere. Darüber hinaus enthält der angefochtene Beschluss keine Entscheidung, mit der die Mitteilung der Austrittsabsicht bestätigt oder akzeptiert werde.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2018-11/cp180184de.pdf>

EP; Debatte zum Austrittsabkommen mit Barnier

Das EP debattierte mit Verhandlungsführer Barnier am 29.11.2018 zum Brexit und dem Austrittsabkommen mit GBR. Guy Verhofstadt, Chefunterhändler des Parlaments, nannte das Abkommen die „einzige und beste mögliche Verhandlungslösung mit Blick auf die roten Linien GBRs und den Gründungsprinzipien der EU“. Elmar Brok, Mitglied der Brexit-Steuerungsgruppe, rief das britische Unterhaus nachdrücklich zur Ratifizierung auf und warnte, dass ein harter Brexit dramatische Konsequenzen für beide Seiten habe. Außerdem rief er dazu auf, keine

weiteren Nachverhandlungen aufzunehmen und forderte die EU-27 weiterhin zur Geschlossenheit auf, auch in Anbetracht der internationalen Lage.

<http://www.europarl.europa.eu/news/nl/press-room/20181126IPR20156/brexit-the-time-has-come-to-back-the-withdrawal-deal>

EP; Anhörung zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in POL

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des EP (LIBE) hat am 20.11.2018 eine Anhörung zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in POL durchgeführt. Der Erste Vizepräsident der Kommission, Frans Timmermans, erläuterte, dass die polnische Regierung die Empfehlungen der Kommission zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit bisher nicht aufgegriffen habe; es bestünden vielmehr neue Gründe zur Besorgnis. So seien Disziplinarverfahren gegen kritische Richterinnen und Richter, sowie gegen diejenigen, die dem EuGH Vorlagefragen unterbreitet haben, eingeleitet worden; die Zwangspensionierungen seien beschleunigt worden. Die polnische Regierung müsse „dringend ihren Kurs ändern“. Die Kommission sei weiterhin bereit zum Dialog, sei aber auch Hüterin der Verträge. Ein Vertreter der aktuellen Ratspräsidentschaft von AUT bestätigte, dass das Rechtsstaatsverfahren gegen POL erneut Thema auf dem Rat für Allgemeine Angelegenheiten am 11.12.2018 sein wird; ROM, das ab 01.01.2019 die EU-Ratspräsidentschaft inne hat, will den Dialog mit POL fortführen. Die geladenen Experten von der Venedig-Kommission des Europarates und des Europäischen Netzwerkes der Räte für das Justizwesen schlossen sich den Bedenken der Kommission an. Auch der polnische Bürgerrechtsbeauftragte zeigte sich angesichts der Justizreformen in dem Land besorgt. Der LIBE-Ausschuss wird sich auf seiner Sitzung am 06.12.2018 wieder mit dem Thema befassen.

<http://www.europarl.europa.eu/committees/de/libe/events-hearings.html?id=20181112CHE05282>

EP; Anhörung zum Verfahren der Ernennung des Generalsekretärs der Kommission

Der Petitionsausschuss (PETI), der Haushaltskontrollausschuss (CONT) sowie der Rechtsausschuss (JURI) des EP haben die Europäische Bürgerbeauftragte Emily O'Reilly in einer gemeinsamen Sitzung am 21.11.2018 zur Ernennung von Martin Selmayr zum Generalsekretär der Kommission am 21.02.2018 angehört. Anlass war eine Untersuchung des Ernennungsverfahrens seitens der Bürgerbeauftragten, die sie mit Empfehlungen an die Kommission am 31.08.2018 abgeschlossen hatte. In der Anhörung wiederholte die Ombudsfrau die Forderungen aus ihrem Bericht: Die Kommission sollte ein spezielles und separates Ernennungsverfahren für ihre/n Generalsekretär/in entwickeln, um eine Wiederholung der Ereignisse zu vermeiden. Dazu sollte die Veröffentlichung einer Stellenausschreibung gehören, die geplante Ernennung auf der Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Kommissare aufgenommen und externe Experten in den Beratenden Ausschuss für Ernennungen einbezogen werden. Die Empfehlungen der Bürgerbeauftragten stießen bei den MdEP auf breite Zustimmung. Sie forderten ebenfalls von der Kommission konkrete Schritte, um das Verfahren künftiger Ernennungen transparenter zu gestalten.

<http://www.europarl.europa.eu/ep-live/de/committees/video?event=20181121-1430-COMMITTEE-PETI-CONT-JURI>

EP; MdEP Ska Keller (GRÜNE/DEU) und Bas Eickhout (GRÜNE/NL) Spitzenkandidaten der Grünen für Europawahl

Die europäischen GRÜNEN haben am 24.11.2018 in Berlin die beiden MdEP Ska Keller (GRÜNE/DEU) und Bas Eickhout (GRÜNE/NL) zu ihren Spitzenkandidaten für die Europawahl im Mai 2019 nominiert. Für Keller bedeutet die Nominierung eine

Doppelrolle, nachdem sie bereits beim Parteitag der deutschen GRÜNEN am 10.11.2018 in Leipzig gemeinsam mit MdEP Sven Giegold (GRÜNE/DEU) zur nationalen Spitzenkandidatin gekürt worden war.

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-11/europawahl-2019-europaeische-gruene-parteitag-spitzenkandidat>

Außen- und Verteidigungspolitik

EuGH; Keine Alleinvertretung der EU durch Kommission in Antarktis-Vertrag

Der EuGH entschied am 20.11.2018, dass die Kommission die EU und ihre Mitgliedstaaten (MS) nicht alleine im Rahmen der internationalen Übereinkommen zum Schutz der lebendigen Meeresschätze der Antarktis vertreten darf. Damit ist das Urteil nicht den Schlussanträgen von Generalanwältin Juliane Kokott gefolgt und hat eine Schwächung der MS zu Gunsten der Kommission in internationalen Gremien verhindert.

<https://www.juris.de/jportal/portal/page/homerl.psml?nid=jnachr-JUNA181103385&cmsuri=%2Fjuris%2Fde%2Fnachrichten%2Fzeigenachricht.jsp>

Kommission; 5 Mio. EUR für die Projekte der Friedensnobelpreisträger

Die Kommission teilte am 26.11.2018 mit, dass sie die Projekte der aktuellen Friedensnobelpreisträger Nadia Murad und Dr. Denis Mukwege mit weiteren 5 Mio. EUR unterstützt. Nadia Murad's „Sinjar Action Fund“, der sich für die Stabilisierung und den Wiederaufbau der Region Sinjar im nördlichen Irak einsetzt, wird von 1 Mio. EUR zusätzlicher Mittel profitieren, während Dr. Denis Mukweges Panzi Stiftung, die die Reintegration von Opfern sexueller Ausbeutung und Gewalt durch medizinische Versorgung, rechtlichen Beistand und Zugang zu Bildung fördert, mit 4 Mio. EUR unterstützt wird.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6536_en.htm

Kommission; EU erhöht Unterstützung für Menschen in Jemen und Irak

Die EU-Kommission stellte am 27.11.2018 weitere 30 Mio. EUR für humanitäre Hilfe im Jemen bereit und unterstützt den Wiederaufbau des Irak mit weiteren 56,6 Mio. EUR. Das Hilfspaket für den Irak ist Teil der auf der Wiederaufbau-Konferenz, die Anfang des Jahres stattfand, zugesagten Unterstützung für das krisengeschüttelte Land. Für den Jemen hat die EU seit Beginn des Konflikts in 2015 insgesamt 244 Mio. EUR zur Verfügung gestellt, um die katastrophalen humanitären Folgen des Kriegs zu lindern. Aufgrund des Konflikts wüssten fast 18 Mio. Jemeniten derzeit nicht, woher ihre nächste Mahlzeit kommt, so Neven Mimica, EU-Kommissar für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung.

https://ec.europa.eu/germany/news/20181127-eu-unterstuetzung-jemen-und-irak_de

Rat; Verlängerung der EU-Ausbildungsmission EUTM Somalia bis Ende 2020

Der Rat für Auswärtige Angelegenheiten verlängerte am 19.11.2018 die militärische Ausbildungsmission EUTM (European Union Training Mission) Somalia bis zu 31.12.2020 und bewilligte Mittel in Höhe von 22,9 Mio. EUR. EUTM Somalia unterstützt seit 2010 die somalischen Verteidigungsinstitutionen durch politische und strategische militärische Beratung und Anleitung. Ferner wurde das Mandat der Mission geringfügig geändert, um es den Angehörigen der somalischen nationalen Armee zu ermöglichen, bei der Umsetzung von Ausbildungsmaßnahmen stärker mitzuwirken, um so deren eigene Ausbildungskapazitäten weiterzuentwickeln. Die Mission ist Teil des umfassenden sicherheitspolitischen Engagements der EU in

Somalia: EUNAVFOR ATALANTA trägt zum Schutz der Gewässer vor Piraterie und EUCAP Somalia zum Ausbau maritimer Sicherheitskapazitäten bei.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/11/19/somalia-eu-training-mission-extended-budget-agreed-and-mandate-amended/>

Kommission; EU stockt humanitäre Hilfen für Sudan auf

Am 23.11.2018 stockte die EU-Kommission die humanitären Hilfen für die Bevölkerung im Sudan um weitere 18 Mio. EUR auf. Schwerpunktmäßig sollen Soforthilfen für durch den Krieg vertriebene Menschen und unterernährte Kinder finanziert werden. Der Sudan, obwohl selbst in einem internen Konflikt mit mehreren Mio. Binnenvertriebenen verwickelt, hat in den letzten Jahren fast eine Million Flüchtlinge aus dem Südsudan aufgenommen, die vor dem dortigen Konflikt und der dadurch ausgelösten Hungersnot geflohen sind. Damit erreicht die von der EU für Sudan bereitgestellte humanitäre Hilfe einen Gesamtwert von 41 Mio. EUR in 2018.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6524_de.htm

Rat; Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich gestärkt

Der Rat für auswärtige Angelegenheiten (Verteidigung) stärkte auf seiner Sitzung am 19./20.11.2018 die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich. So nahm der Rat 17 neue Projekte im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ) an. Innerhalb der SSZ können Mitgliedstaaten (MS), die dazu bereit und in der Lage sind, Verteidigungsfähigkeiten gemeinsam entwickeln, in gemeinsame Projekte investieren oder die operative Einsatzbereitschaft verbessern und den Beitrag ihrer Streitkräfte erhöhen. Damit arbeiten die 25 teilnehmenden MS derzeit an insgesamt 34 SSZ-Projekten. Weiterhin stimmte der Rat einer Einrichtung eines europäischen Verteidigungsfonds zu, der gemeinsame Forschungsprojekte und Innovationen fördern solle. Ein Schwerpunkt solle die Forschung zu disruptiven Technologien und die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen darstellen. Die Einrichtung des Verteidigungsfonds hängt allerdings noch von einer Einigung zum Mehrjährigen Finanzrahmen ab.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/11/19/defence-cooperation-council-launches-17-new-pesco-projects/>

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/11/19/european-defence-fund-council-adopts-its-position/>

Rat; Pakt für zivile Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik angenommen

Am 19.11.2018 nahm der Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Verteidigung) Schlussfolgerungen zur Schaffung eines Pakts für die zivile Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) an. Der Rat und die Mitgliedstaaten verpflichteten sich u.a., ihre Kapazitäten soweit auszubauen, dass sie innerhalb von 30 Tagen eine Mission mit bis zu 200 Personen in jedes Einsatzgebiet entsenden können. So soll die EU besser in die Lage versetzt werden, zivile Krisenbewältigungsmissionen zu entsenden, die z.B. der Stärkung der Polizei, Rechtsstaatlichkeit oder zivilen Verwaltung in fragilen Staaten und Konflikten dienen, und sicherheitspolitische Herausforderungen weltweit zu bewältigen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/11/19/civilian-common-security-and-defence-policy-eu-strengthens-its-capacities-to-act/>

Rat; EU stärkt Cybersicherheit

Die Mitgliedstaaten der EU verstärkten am 19.11.2018 ihre Zusammenarbeit zur Cybersicherheit mit der Annahme des aktualisierten EU-Politikrahmens für die Cyberabwehr im Rat für allgemeine Angelegenheiten. Ein Schwerpunkt lag auf der

Verbesserung der Fähigkeiten Angriffe abzuwehren und mit restriktiven Maßnahmen zu reagieren. Daneben soll mit dem aktualisierten Plan der veränderten Sicherheitslage Rechnung getragen werden. Die Aktualisierung ist Teil einer weiteren Reform der Cybersicherheit, die u.a. Pläne zur Einrichtung eines europäischen Cybersicherheitszertifizierungsrahmens und zur verbesserten Strafverfolgung beinhaltet.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2017/11/20/eu-to-beef-up-cybersecurity/>

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/11/19/cyber-defence-council-updates-policy-framework/>

E u r o p ä i s c h e s P a r l a m e n t

Plenarsitzung des EP vom 28.-29.11.2018

Rede des dänischen Ministerpräsidenten Lars Løkke Rasmussen zur Zukunft der EU

Der dänische Ministerpräsident hat am 28.11.2018 mit den MdEP und dem Vizepräsidenten der Kommission Valdis Dombrovskis über die Zukunft Europas diskutiert. Rasmussen lobte die EU dafür, dass sie dem Kontinent Frieden gebracht habe. Lars Løkke Rasmussen erklärte, die Zukunft der EU hänge davon ab, ob sie in der Lage sei, die größten Herausforderungen der Gegenwart zu bewältigen, und nannte vier Bereiche, in denen die EU seiner Meinung nach eine starke Rolle in der Zukunft spielen sollte: Migration, Kampf gegen den Klimawandel, Binnenmarkt und Freihandel. Zum Thema Migration sagte er: „Wir alle könnten den Bürgern besser erklären, was die EU und die Mitgliedstaaten (MS) bereits erreicht haben. So sind die Zuwandererzahlen seit der Krise im Jahr 2015 um 95% gesunken.“ Zum Thema Kampf gegen den Klimawandel: „Wenn wir uns ehrgeizige Ziele für den grünen Übergang auf europäischer Ebene setzen, werden wir unsere eigene Branche motivieren, Vorreiter zu sein. Zum Wohle von uns allen in Europa.“ Zum Thema Binnenmarkt: „Die Erweiterung und Modernisierung des Binnenmarkts ist von entscheidender Bedeutung. Sie muss digital wettbewerbsfähig sein. Die Daten müssen frei fließen.“ Und zum Thema Freihandel erklärte er: „Es ist unsere Pflicht, den Freihandel zu schützen - auch unter historischem Druck.“ „Wir müssen die Entscheidung des britischen Volkes respektieren, aber wir müssen auch aus dieser Entscheidung lernen. Vierzig Jahre lang wurde der britischen Bevölkerung erklärt, wie die europäische Zusammenarbeit sie zurückhält. Tatsächlich hat der Brexit offenbart, wie die europäische Zusammenarbeit Probleme löst, mit denen die Briten nun allein zu kämpfen haben: Sicherung offener Grenzen, reibungsloser Handel, Frieden und Sicherheit. In GBR hat die Regierung vielleicht vergessen zu vermitteln, was wir gemeinsam erreicht haben.“ Premierminister Lars Løkke Rasmussen sagte des Weiteren, dass DNK in die EU gehört und dass Dänen keine Widerstände gegenüber den Europäern haben. „Der Anteil der Menschen, die die EU unterstützen, ist in DNK größer als in den meisten anderen europäischen Ländern! Und der Anteil der Dänen, die glauben, dass ihre Stimme auf europäischer Ebene gehört wird, liegt auf Platz zwei unter 28 MS“, sagte er. Lars Løkke Rasmussen glaubt, dass dies daran liegt, dass DNK in den letzten 30 Jahren eine offene Debatte über die EU geführt hat, die den Dänen eine pragmatischere Sichtweise auf die EU vermittelt hat. Die EU sei eine gute Sache, und die EU sollte weiterhin bodenständige Lösungen für die aktuellen Probleme finden, erklärte der dänische Ministerpräsident.

<http://www.europarl.europa.eu/plenary/de/debate-details.html?date=20181128&detailBy=date>

Debatte zum Austrittsabkommen mit Michel Barnier

Das EP debattierte mit Verhandlungsführer Michel Barnier am 29.11.2018 zum Brexit und dem Austrittsabkommen mit GBR. Guy Verhofstadt, Chefunterhändler des Parlaments, nannte das Abkommen die „einzige und beste mögliche Verhandlungslösung mit Blick auf die roten Linien GBRs und den Gründungsprinzipien der EU“ (siehe Beitrag unter „Institutionelles“).

Kritik an DEU betreffend grenzüberschreitende Familienstreitigkeiten

Das EP hat am 29.11.2018 eine nicht-legislative Entschließung angenommen (307:211:112), in der es die sehr große Zahl von Petitionen hervorhebt, die das EP in den letzten zehn Jahren von nichtdeutschen Eltern zum Verhalten des „deutschen Jugendamts“ erhalten hat (siehe Beitrag unter „Justiz“).

Positionierung zu neuen Regeln für befristete Binnengrenzkontrollen

Das Plenum legte am 29.11.2018 seinen Standpunkt zur Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen im Rahmen der Änderung des Schengener Grenzkodex fest (siehe Beitrag unter „Inneres“).

Cum-Ex-Skandal: EP fordert Untersuchung und Stärkung der Steuerbehörden

Der Steuerbetrug, der von einem Netzwerk von investigativen Journalisten aufgedeckt wurde, mindestens 11 Mitgliedstaaten (MS) betrifft und die Steuerzahler 55 Mrd. Euro kostete, war bereits auf der Plenarsitzung am 23.10.2018 Gegenstand einer Debatte und wurde nun durch eine per Handzeichen angenommene Entschließung ergänzt. Die MdEP fordern die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde und die Europäische Bankenaufsichtsbehörde auf, eine Untersuchung hinsichtlich der Cum-Ex- oder Cum-Cum-Systeme durchzuführen, um mögliche Bedrohungen für die Finanzmärkte zu bewerten, um die Akteure bei diesen Systemen festzustellen, um zu bewerten, ob es Verstöße gegen nationales Recht oder das Unionsrecht gegeben hat und um die von den Finanzaufsichtsbehörden in den MS ergriffenen Maßnahmen zu bewerten. Die Untersuchung sollte auch ermitteln, in welchen Bereichen die Koordinierung in den MS „unzureichend war, so dass dieser systematische Steuerdiebstahl über Jahre hinweg andauern konnte, obwohl doch bekannt war, dass er begangen wurde.“ Schließlich sollte die Untersuchung auch Empfehlungen für eine Reform und das Vorgehen der jeweils zuständigen Behörden abgeben, so die MdEP. Darüber hinaus werden die nationalen Behörden in der Entschließung aufgefordert, die „Straflosigkeit von Wirtschaftskriminalität“ zu beenden, indem strafrechtliche Ermittlungen eingeleitet, abschreckende Sanktionen verhängt und die „Personen, die diese Verbrechen begangen, als auch die, die sie ermöglicht haben – darunter nicht nur Steuerberater, sondern auch Anwälte, Buchprüfer und Banken“ zur Rechenschaft gezogen werden. Die MdEP betonen, dass Änderungen an der Richtlinie über den Austausch von Steuerinformationen (DAC6) erforderlich sind, damit die Offenlegung von Systemen der Dividendenarbitrage, die auch die Erstattung von Dividenden- und Kapitalertragssteuern umfassen, ebenfalls verbindlich vorgeschrieben wird. Sie fordern die Kommission auf, die Richtlinie über das gemeinsame Steuersystem zu überarbeiten, um gegen auf Dividendenarbitrage beruhende Praktiken vorzugehen. Die MdEP fordern die Kommission ferner auf, einen europäischen Rahmen für grenzüberschreitende Steuerermittlungen, die Einrichtung einer europäischen Finanzpolizei und einen Frühwarnmechanismus vorzuschlagen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2018-0475+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Fortschrittsberichte Albanien, Montenegro und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien

Die MdEP bewerteten am 29.11.2018 im Rahmen der Berichte von Ivo Vajgl (ALDE/SLO), Knut Fleckenstein (S&D/DEU) Charles Tannock (ECR/GBR) die Fortschritte, die in Albanien, Montenegro und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien auf ihrem Weg zu einem möglichen EU-Beitritt erzielt wurden.

Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien

Die Entschließung im Rahmen des Berichts von MdEP Ivo Vajgl (ALDE/SLO) wurde mit einer Mehrheit von 470 gegen 116 Stimmen bei 46 Enthaltungen haben die Entschließung angenommen. Die MdEP loben das starke Engagement des Landes für die vollständige Umsetzung des Pržino-Abkommens von 2015 und der dringenden Reformprioritäten. Sie fordern die nationalen Behörden ferner auf, den Kampf gegen Geldwäsche und Interessenkonflikte zu intensivieren, die Justiz besser vor politischer Einmischung zu schützen und die verbleibenden Probleme der Rechtsstaatlichkeit anzugehen, die nach wie vor große Herausforderungen darstellen. Trotz des konsultativen Referendums vom 30.09.2018 (öffentliche Unterstützung zur Änderung des Namens des Landes in die Republik Nordmakedonien), das hinter der erforderlichen Beteiligung zurückbleibt, begrüßen die MdEP dennoch die Entscheidung des Parlaments in Skopje, den Verfassungsprozess zur Umsetzung des Prespa-Abkommens vom 17.07.2018 zwischen dem Land und GRI einzuleiten, das die Tür für Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der NATO öffnet. Sie fordern die ungarischen Behörden auch auf, den mazedonischen Ex-Premierminister Nikola Gruevski in sein Heimatland auszuliefern, der dort wegen Machtmissbrauchs verurteilt und zum Gefängnis verurteilt wurde und anschließend ins Ausland floh.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2018-0480+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Albanien

In einer im Rahmen des Berichts von MdEP Knut Fleckenstein (S&D/DEU) mit einer Mehrheit von 459 - 112 - 62 angenommenen Entschließung begrüßen die MdEP die stetigen Fortschritte Albaniens bei EU-bezogenen Reformen und die Maßnahmen, die ergriffen wurden, um die Unabhängigkeit und Professionalität der Justiz des Landes zu stärken. Sie sind jedoch nach wie vor besorgt über das anhaltend hohe Maß an Korruption, das langsame Tempo und die Ineffizienz des Justizsystems sowie die Tatsache, dass rechtsstaatliche Mängel und schwerfällige Regulierungsverfahren weiterhin Investitionen im Land verhindern. Dennoch wird in der Entschließung der vom Rat vorgezeichnete Weg zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Albanien im Juni 2019 gebilligt, sofern das Land alle erforderlichen Bedingungen erfüllt.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2018-0481+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Montenegro

Während Montenegro insgesamt gute Fortschritte im EU-Integrationsprozess macht, fordern die MdEP die politische Führung des Landes auf, den Schwerpunkt auf die Lösung von Problemen im Zusammenhang mit Rechtsstaatlichkeit, Medienfreiheit, Korruption, Geldwäsche, organisierter Kriminalität und der damit verbundenen Gewalt zu legen. Die im Rahmen des Berichts von MdEP Charles Tannock (ECR/GBR) mit einer Mehrheit von 484 - 80 - 63 angenommene Entschließung unterstreicht die Bemühungen Montenegros um eine konstruktive regionale Zusammenarbeit und gutnachbarschaftliche bilaterale Beziehungen. Die MdEP begrüßen auch die Ratifizierung des Staatsgrenzenabkommens zwischen Montenegro und dem Kosovo und fordern gleichzeitig, dass noch offene Grenzstreitigkeiten mit anderen

Nachbarländern rasch gelöst werden. Der Text erinnert schließlich an die strategische Bedeutung des NATO-Beitritts Montenegros am 05.06.2017 für die Gewährleistung von Stabilität und Frieden in den westlichen Balkanstaaten. Die MdEP teilen die Einschätzung der Kommission, dass Montenegro mit starkem politischen Willen und nachhaltigen Fortschritten bis 2025 möglicherweise für den EU-Beitritt bereit sein könnte.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2018-0482+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

A u s s c h u s s d e r R e g i o n e n

AdR; SEDEC-Fachkommissionsitzung

Am 27.11.2018 fand in Brüssel eine Sitzung der AdR-Fachkommission SEDEC für Sozialpolitik, Bildung, Beschäftigung, Forschung und Kultur statt. Dabei wurden Abstimmungen zu folgenden Stellungnahmeentwürfen durchgeführt: „Künstliche Intelligenz für Europa“ sowie „eine erneuerte Europäische Agenda für Forschung und Innovation“.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Agenda/Documents?meetingId=2143692&meetingSessionId=2178043>

AdR; NAT-Fachkommissionsitzung

Am 28.11.2018 fand in Brüssel eine Sitzung der AdR-Fachkommission NAT für Natürliche Ressourcen statt. Für Hessen nahm Staatssekretär Weinmeister teil. Dabei wurde eine Abstimmung zu folgendem Stellungnahmeentwurf durchgeführt: „Digitalisierung im Gesundheitswesen“. Außerdem fand eine Orientierungsdebatte zur „Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)“ statt.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Agenda/Documents?meetingId=2144136&meetingSessionId=2178530>

AdR; CIVEX-Fachkommissionsitzung

Am 29.11.2018 fand in Brüssel eine Sitzung der AdR-Fachkommission CIVEX für Unionsbürgerschaft, Regieren, institutionelle Fragen und Außenbeziehungen statt. Dabei wurden Abstimmungen zu folgenden Stellungnahmeentwürfen durchgeführt: „Bekämpfung von Desinformation im Internet: ein europäisches Konzept“ und „Schaffung des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit.“

<https://mempportal.cor.europa.eu/Agenda/Documents?meetingId=2143237&meetingSessionId=2177533>

W i r t s c h a f t

Kommission; Mitteilung zur Wiederbelebung der Investitionstätigkeit in Europa

Am 22.11.2018 veröffentlichte die Kommission eine Mitteilung mit dem Titel „Der Juncker Plan in der Praxis: Wiederbelebung der Investitionstätigkeit in Europa“. Grundlage der Mitteilung ist eine von der Kommission durchgeführte Evaluation zur Umsetzung des „Juncker-Plans“ und wie dieser dazu beigetragen hat, die Investitionen in Europa wieder auf ein tragfähiges Niveau zu heben. Die Kommission kam zu dem Schluss, dass die angestrebten Zielvorgaben übertroffen wurden. 360 Mrd. EUR seien für Investitionen mobilisiert worden, wovon zwei Drittel aus privaten Quellen stammen

würden. Das EU-BIP habe sich um 0,6% erhöht. Der Europäische Fonds für strategische Investitionen (EFSI) habe sich daher bewährt und diene inzwischen als neue Benchmark für EU-geförderte Investitionen innerhalb und außerhalb der EU. Es bedürfe aber noch weiterer Anstrengungen im Bereich der Beseitigung regulatorischer Engpässe und der Initiierung unternehmensfreundlicherer Strukturreformen. Der mit dem Kommissionsvorschlag für die nächste langfristige EU-Haushaltsplanung vorgestellte neue Invest-EU-Fonds werde an den Erfolg des EFSI anknüpfen.

https://ec.europa.eu/commission/files/juncker-plan-work-bringing-investment-back-track-europe_de

Kommission; Mitteilung zum Stand der Umsetzung des Binnenmarktpakets

Die Kommission hat am 22.11.2018 eine Mitteilung mit dem Titel „Der Binnenmarkt in einer Welt im Wandel - Ein wertvoller Aktivposten braucht neues politisches Engagement eine Neubewertung der Lage des Binnenmarkts“ vorgelegt und fordert die Mitgliedstaaten auf, ihr politisches Engagement für den Binnenmarkt zu bekräftigen. Die Kommission habe 67 Vorschläge für den Binnenmarkt vorgelegt. Bei 44 von ihnen stehe die Zustimmung von Rat und EP noch aus. In der Mitteilung wird auf drei Hauptbereiche hingewiesen, in denen weitere Anstrengungen erforderlich seien, um den Binnenmarkt zu vertiefen und zu stärken. Dabei bezieht sich die Kommission auf die zügige Annahme vorliegender Vorschläge, die Umsetzung der Vorschriften in der Praxis und die weitere Anpassung des Binnenmarkts. Die Mitteilung stellt die erste Reaktion der Kommission auf eine Aufforderung des Europäischen Rates (ER) vom März 2018 dar, einen Überblick über den Stand der Entwicklung des Binnenmarkts sowie eine Bewertung der noch bestehenden Hindernisse und der Chancen für einen reibungslos funktionierenden Binnenmarkt vorzulegen. Die Mitteilung dient der Vorbereitung des ER am 13./14.12.2018.

<https://ec.europa.eu/docsroom/documents/32662>

Kommission; Aktionsplan zur Normung

Die Kommission hat als Ergänzung der Mitteilung zum Binnenmarktpaket am 22.11.2018 im Rahmen einer Mitteilung einen Aktionsplan vorgelegt, mit dem die Effizienz, Transparenz und Rechtssicherheit bei der Entwicklung harmonisierter Normen im Interesse eines voll funktionsfähigen Binnenmarkts verbessert werden soll. Dazu hat die Kommission vor allem die folgenden vier zentralen Maßnahmen festgelegt, die unverzüglich ergriffen werden sollten. Es soll erstens eine rasche Abarbeitung des verbleibenden Rückstands an harmonisierten Normen erfolgen. Zweitens sollen die internen Entscheidungsprozesse gestrafft werden. Als dritte Maßnahme soll ein Leitfaden zu den praktischen Aspekten der Umsetzung der Normungsverordnung ausgearbeitet werden. Viertens soll das System der Berater kontinuierlich gestärkt werden, damit eine schnelle und solide Bewertung der harmonisierten Normen und eine zeitnahe Veröffentlichung im Amtsblatt der EU erfolgen kann. Die Kommission plant weiterhin mit allen relevanten Partnern zusammenzuarbeiten, um den anhaltenden Erfolg der europäischen Normung als Eckpfeiler eines voll funktionsfähigen Binnenmarkts gewährleisten zu können.

<https://ec.europa.eu/docsroom/documents/32615>

EuGH; Schlussanträge des Generalanwalts zur Reprivatisierung der TAP

Generalanwalt Manuel Campos Sánchez-Bordona hat am 21.11.2018 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-563/17 (Associação Peço a Palavra u. a./Conselho de Ministros) zur Reprivatisierung der Luftfahrtgesellschaft TAP Air Portugal (Transportes Aéreos Portugueses) SA (TAP) vorgelegt. In Frage stand die Vereinbarung der Verpflichtungen aus dem im Rahmen der Privatisierung gebilligten Lastenheft mit dem Unionsrecht. Nach Ansicht des Generalanwalts stellen die

Verpflichtungen den Sitz und die tatsächliche Leitung des Unternehmens in PTL zu belassen, sowie die Befähigung zur Übernahme der Gemeinwohlverpflichtungen keinen Unionsrechtsverstoß dar, da diese trotz Beschränkung der Niederlassungsfreiheit gem. Art. 49, 54 AEUV nach einer Abwägung mit den verfolgten Zielen der Verpflichtungen noch verhältnismäßig seien. Allerdings sei die Verpflichtung zur Beibehaltung und Fortentwicklung der nationalen Operationsbasis keine gerechtfertigte Beschränkung der Niederlassungsfreiheit, weil sie an ein rein wirtschaftliches Ziel anknüpfe, und zwar an das Wachstum der nationalen Wirtschaft.
<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=207954&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1>

Rat; Einigung bei Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen

Rat, EP und Kommission erzielten am 20.11.2018 eine vorläufige Einigung über die Schaffung eines EU-Rahmens zur Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen innerhalb informeller Triloggespräche. Die Verordnung soll es der Kommission ermöglichen, beratende Stellungnahmen an die Mitgliedstaaten (MS) zu richten, wenn sie der Auffassung ist, dass eine Investition – egal ob geplant oder abgeschlossen – die Sicherheit oder öffentliche Ordnung in einem oder mehreren MS beeinträchtigen könnte. Dabei soll die Zuständigkeit für die Wahrung nationaler Sicherheitsinteressen bei den MS bleiben. Der Text sieht auch einen Kooperationsmechanismus zwischen den MS und der Kommission vor. Die MS sollen einander und die Kommission über alle geplanten ausländischen Direktinvestitionen unterrichten müssen, die von ihrer nationalen Behörde überprüft werden. Darüber hinaus soll ein weiterer Kernpunkt sein, dass die MS Erfahrungen, bewährte Verfahren und Informationen über einschlägige Investitionstrends austauschen.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6467_de.htm

Kommission; Cecilia Malmström plädiert für multinationalen Investitionsgerichtshof

Handelskommissarin Cecilia Malmström hat am 22.11.2018 in Brüssel ihren Vorstoß für neutrale und effektive Streitbeilegungsmechanismen bekräftigt. „Staaten auf der ganzen Welt haben Probleme mit dem derzeitigen System festgestellt. Die EU ist der Auffassung, dass systemische Reformen es uns ermöglichen, diese Anliegen durch die Schaffung eines ständigen Gremiums zur Beilegung von Streitigkeiten - eines multilateralen Investitionsgerichts - zu begegnen“, sagte Kommissarin Cecilia Malmström. Ihrer Ansicht nach spiele die EU bei der multilateralen Reform des Systems zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und Staat (ISDS) eine Vorreiterrolle.

https://ec.europa.eu/germany/news/investitionsgerichtshof20181122_de

EU; Modernisierung des Berufungsgremiums der WTO

Die EU legte der Welthandelsorganisation (WTO) am 26.11.2018 gemeinsam mit Australien, China, Island, Indien, Kanada, Korea, Mexiko, Neuseeland, Norwegen, Schweiz und Singapur einen Vorschlag für die Arbeitsweise des WTO-Streitbeilegungssystems vor. Die Ernennung von neuen Kandidaten für das Berufungsgremium wird derzeit von den USA aufgrund von Bedenken gegenüber der Arbeitsweise des Gremiums blockiert. Gleichzeitig sind die Vorschläge ein Beitrag zum weiteren Reformprozess der WTO, der derzeit im Gange ist. Vorgeschlagen wurden u.a., neue, transparentere Regeln für scheidende Mitglieder des Berufungsgremiums, Vorgaben zum pünktlichen Abschluss von Rechtsvermittlungsverfahren nach maximal 90 Tagen und die Einführung eines jährlich stattfindenden Treffens zwischen den WTO-Mitgliedern und dem Berufungsgremium.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6529_de.htm

Kommission; Vorschläge zur Reform der Welthandelsorganisation (WTO)

Die Kommission hat am 26.11.2018 gemeinsam mit anderen Mitgliedern der WTO ihre Vorschläge zur Überwindung der Blockade des Streitbeilegungssystems der WTO vorgelegt. Die Änderungsvorschläge sind Folge der am 18.09.2018 veröffentlichten Ideen der EU zur Modernisierung der WTO. Inhalt dieser ist auch der kürzlich vorgelegte Vorschlag über Notifizierungs- und Transparenzregeln innerhalb der WTO, der u.a. von den USA und Japan mitfinanziert wurde. Neben der Überwindung der drohenden Blockade geht es vor allem auch um die Aktualisierung des Regelwerks für den internationalen Handel und die Stärkung der Überwachungsfunktion der WTO. Gemeinsam mit Australien, China, Island, Indien, Neuseeland, Mexiko, Norwegen, Singapur und der Schweiz wird die EU die Vorschläge auf der Tagung des Rates der WTO am 12.12.2018 vorstellen.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6529_de.htm

Kommission; Prüfverfahren zum Vertrieb von Flugtickets eingeleitet

Die Kommission hat am 23.11.2018 ein förmliches Prüfverfahren eingeleitet, um zu untersuchen, ob Vereinbarungen einiger Buchungssystemanbieter mit Fluggesellschaften und Reisebüros gegen EU-Kartellvorschriften verstoßen und so den Wettbewerb beeinträchtigen. Konkret geht es bei diesem Prüfverfahren um das spanische Unternehmen Amadeus und das US-amerikanische Unternehmen Sabre, die IT-Produkte für die Reisebranche bereitstellen. Die Kommission prüft, ob verschiedene Klauseln in den Vereinbarungen dieser Firmen mit Fluggesellschaften und Reisebüros diese einschränken, andere Flugticketanbieter zu beauftragen. Die untersuchten Vereinbarungen könnten gegen das EU-Wettbewerbsrecht verstoßen, nach dem Vereinbarungen zwischen Unternehmen untersagt sind, die den Wettbewerb im EU-Binnenmarkt verhindern, einschränken oder verfälschen.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6538_de.htm

Rat; Einigung über bessere gegenseitige Anerkennung im Warenverkehr

Rat, EP und Kommission erzielten am 22.11.2018 in informellen Triloggesprächen eine Einigung über eine Verordnung zur gegenseitigen Anerkennung von Waren. Eine Erklärung zur gegenseitigen Anerkennung soll den Nachweis darüber, dass die betreffenden Waren in einem EU-Land bereits rechtmäßig in Verkehr gebracht worden sind, erleichtern und verbessern. Hinzu kommt ein Problemlösungsmechanismus, der auf dem SOLVIT-Netz basiert. Dieser soll im Fall von Streitigkeiten, die die Vereinbarkeit einer Verwaltungsentscheidung zur Verweigerung oder Beschränkung des Marktzugangs mit dem Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung betreffen, praktische Lösungen bieten. Darüber hinaus sollen Produktinfostellen eingerichtet werden um den Informationsaustausch weiter zu verbessern. Rat und EP müssen die vorgeschlagenen Vorschriften noch billigen, bevor diese nach Inkrafttreten der Verordnung zur Anwendung gelangen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/11/22/eu-moves-to-bolster-free-movement-of-goods-through-extended-mutual-recognition/>
http://ec.europa.eu/solvit/index_de.htm

EP; EU-Innovation Summit am 28.11.2018

Vom 26. bis zum 28.11.2018 fand das 10. European Innovation Summit im EP statt. Am letzten Tag nahmen an der Veranstaltung mit dem Titel „Cohesion Policy: Strengthening Innovation in Europe's Regions“ Vertreter verschiedener Regionen der EU teil, um über den aktuellen Stand und die Entwicklungs- und Verbesserungsmöglichkeiten von Kohäsionspolitik auf EU-Ebene zu diskutieren. Im Rahmen dieser Veranstaltung nahm Europastaatssekretär Mark Weinmeister an einer Diskussion von Regionalvertretern teil. Er betonte in seiner Rede die Bedeutung der

Kohäsionspolitik für Hessen und hob insbesondere hervor, dass man neben Innovation und Unterstützung von Großunternehmen, die kleinen und mittelständischen Unternehmen nicht außer Acht lassen dürfe. Bestehende Jobs sollten gesichert und neue gefördert werden. Zudem stellte er die regionalen Förderprogramme in Hessen vor, wie PIUS-Invest, Innovationcredit Hessen und Technologieland Hessen. Gastgeber MdEP Lambert van Nistelrooij, (EVP/NDL), zog nach der Diskussionsrunde das Fazit, dass die Regionen enger zusammenarbeiten müssen und appellierte an die Anwesenden, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu fördern.

<https://www.knowledge4innovation.eu/k4i-events/10th-european-innovation-summit/>

V e r k e h r

Kommission; Konsultation zur ex-post Auswertung des Transeuropäischen Verkehrsnetz (TEN-V) Programms (2007-2013)

Die Kommission startete am 15.11.2018 eine bis zum 14.02.2019 laufende öffentliche Konsultation, an der alle Interessierten ihre Ansichten zu dem im Zeitraum 2007-2013 durchgeführten Programms für das Transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-V) abgeben können. Mit der Auswertung von TEN-V soll ein Bericht über die Fortschritte bei der Erreichung der Programmziele, über die Effizienz beim Einsatz der Mittel und über den europäischen Mehrwert des Programms erstellt werden. Zudem erwartet die Kommission Schlussfolgerungen und mögliche Empfehlungen zur Umsetzung des TEN-V-Programms im Hinblick auf die etwaige Überarbeitung des Programms und der mit ihm verfolgten Ziele erhalten zu können.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/initiatives/ares-2018-1023988/public-consultation_de

Kommission; Fahrplan zur städtischen Mobilität innerhalb der EU

Die Kommission hat eine bis 18.12.2018 laufende öffentliche Konsultation über ihren Fahrplan zum Thema „städtische Mobilität innerhalb der EU“ veröffentlicht. Anlass ist das seit dem Jahr 2013 bestehende Stadtmobilitätspaket der Kommission einer Bewertung zu unterziehen. Das Stadtmobilitätspaket enthielt Vorschläge für das Handeln auf lokaler, nationaler und EU-Ebene.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/initiatives/ares-2018-5942636_en

Rat; Einigung über Sicherung des Wettbewerbs in der Luftfahrt

Am 20.11.2018 haben Rat, Kommission und EP eine vorläufige Einigung im Rahmen von informellen Triloggesprächen über eine Verordnung zur Sicherung des Wettbewerbs in der Zivilluftfahrt erzielt. Die Verordnung soll sicherstellen, dass die EU im Bereich Luftfahrt führend und mit schnell wachsenden Märkten gut verbunden bleibt. Die Verordnung ist das Ergebnis der „Luftfahrt Strategie für Europa“ der Kommission aus dem Dezember 2015. Mit Hilfe der Richtlinie soll die EU wirksamer gegen unfaire Vorteile für Fluggesellschaften aus Drittstaaten vorgehen können.

<http://europa.eu/rapid/midday-express-21-11-2018.htm>

Rat; EP; Einigung über Interoperabilität von Mautsystemen

Am 20.11.2018 haben Rat, Kommission und EP eine vorläufige Einigung über ein Europäisches Elektronisches Mautsystem (European Electronic Toll Service) im Rahmen von informellen Triloggesprächen erzielt, wodurch die unterschiedlichen Mautsysteme in der EU interoperabel werden. Dies wird den Straßenverkehr zwischen Mitgliedstaaten nicht nur für die Autofahrer vereinfachen, sondern auch die Verwaltung der Mautsysteme erleichtern und Missbrauchsmöglichkeiten verringern.

E n e r g i e

Rat; Einigung über neue Regeln zur Risikovorsorge im Strombereich

EP, Rat und Kommission haben sich am 22.11.2018 im Rahmen eines informellen Trilogs auf neue EU-Regeln zur Risikovorsorge im Elektrizitätssektor geeinigt. Damit soll Europa künftig besser gegen Stromausfälle gewappnet sein. Energiekommissar Miguel Arias Cañete begrüßte die Einigung: „Auch bei gut funktionierenden Märkten und Systemen kann ein Notfall aufgrund unvorhergesehener Ereignisse nicht ausgeschlossen werden. Solche Situationen können durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Geiste der Solidarität zwischen Nachbarn besser bewältigt werden.“ EP und Rat müssen die neue Verordnung über die Risikovorsorge im Elektrizitätssektor nun noch formell annehmen.

https://ec.europa.eu/germany/news/strombereich20181123_de

F o r s c h u n g

Kommission; Europäischer Forschungsrat (ERC) unterstützt 291 etablierte Forscher mit insgesamt 573 Mio. EUR

Am 29.11.2018 vergab die Kommission jeweils rund 2 Mio. EUR an 291 exzellente Forscherinnen und Forscher, um sie beim Aufbau ihrer Teams und bei der Weiterentwicklung ihrer Forschung zu unterstützen. Die Projekte, die durch die „Consolidator Grants“ des ERC unterstützt werden, decken von Ingenieur- und Naturwissenschaften bis hin zu Sozial- und Geisteswissenschaften ein breites Spektrum ab. Unter den 38 Forscherinnen und Forschern von deutschen Instituten und den insgesamt 49 Forschern deutscher Nationalität erhielt aus Hessen Nicola Fuchs-Schündeln, Johann Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main, eine Förderung für ihre „Makro- und mikroökonomische Analysen heterogener Arbeitsmarktergebnisse“. Die Finanzierung erfolgt im Rahmen des Forschungs- und Innovationsprogramms der EU Horizont 2020.

<https://erc.europa.eu/news/erc-2018-consolidator-grants-results>

Kommission; Europäische Cloud für offene Wissenschaft online

Forscherinnen und Forscher aller Disziplinen können seit dem 23.11.2018 die Europäische Cloud für offene Wissenschaft nutzen, um ihre Forschungsdaten sicher abzulegen sowie diese grenzübergreifend auszutauschen, nachdem die Cloud im April 2016 von der Kommission vorgeschlagen und anschließend in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und der wissenschaftlichen Gemeinschaft entwickelt wurde. Sie soll das hohe Potenzial von Big Data freisetzen. Die über das Forschungs- und Innovationsprogramms der EU Horizont 2020 finanzierte Cloud hat das Potenzial, 1,7 Mio. Forscherinnen und Forscher sowie 70 Mio. Fachleuten in den Natur-, Technik-, Geistes- und Sozialwissenschaften den Zugang zu einem wachsenden Volumen an offenen Daten zu ermöglichen.

https://ec.europa.eu/info/news/commission-launches-european-open-science-cloud-2018-nov-23_en

Kommission; Leitfaden über Hochschulgebühren und Beihilfen in Europa

Am 16.11.2018 wurde der neue Leitfaden über Hochschulgebühren und Beihilfen 2018/19 im Rahmen der Vorstellung des Jahresberichts des Europäischen Bildungsnetzwerks „Euridyce“ vorgestellt. Darin geht es um Fragen wie z.B., wo in Europa kostenlos studiert werden kann, in welchen Ländern ein Studium am teuersten ist oder aber welche Beihilfen es für Studierende gibt. Nähere Informationen sind dem vollständigen Bericht zu entnehmen.

https://eacea.ec.europa.eu/national-policies/eurydice/sites/eurydice/files/fee_support_2018_19_report_en.pdf

EP; Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie legt Stellungnahmen zu Horizont Europa vor

Am 21.11.2018 hat der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie des EP (ITRE) zum Entwurf des Forschungs- und Innovationsprogramms der EU Horizont 2020 mit den Berichten des Berichterstatters MdEP Dan Nica (S&D/ROM) sowie des Berichterstatters MdEP Dr. Christian Ehler (EVP/DEU) Stellung bezogen. Beide Berichte wurden mit großer Mehrheit angenommen. Der ITRE stimmt danach der Aufstockung des Budgets für das Nachfolgeprogramm Horizont Europa zu: Die MdEP fordern für das Programm rund 120 Mrd. anstatt der bisher vorgeschlagenen 83,5 Mrd. EUR. Darüber hinaus schlägt der Ausschuss vor, KMU zu stärken, indem 2,5 Mrd. EUR bereitgestellt werden sollen. Das Mandat für den Trilog soll noch vor Ende 2018 im Plenum erteilt werden.

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2014_2019/plmrep/COMMITTEES/ITRE/AMC/2018/11-21/5-compromise-amendments-nica-horizon-europe-EN.pdf

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2014_2019/plmrep/COMMITTEES/ITRE/AMC/2018/11-21/6-compromise-amendments-ehler-specificprogramme-EN.pdf

Finanzdienstleistungen

EuGH; Kroatisches Verbot der Kreditvergabe für ausländische Kreditinstitute im Inland sollte für nichtig erklärt werden

Im Schlussantrag des Generalanwalts Tanchev vom 14.11.2018 schlägt dieser dem EuGH vor, in der Rechtssache C-630/17 (Anica Milivojević / Raiffeisenbank St. Stefan-Jagerberg-Wolfsberg) zu Gunsten des Kreditinstituts zu entscheiden. Hintergrund sei ein Kreditvertrag aus dem Jahr 2007, den das österreichische Institut gewährt hatte und der 2017 mitsamt seinen verbundenen weiteren Rechtshandlungen rückwirkend für nichtig erklärt wurde. Der Generalanwalt argumentiert, dass das Gesetz gegen geltendes Unionsrecht (freier Dienstleistungs- sowie Kapitalverkehr im Binnenmarkt) verstoße. KRO verteidigt das Gesetz und nimmt Bezug auf die Schutzbedürftigkeit seiner Bürger und der Wahrung der öffentlichen Ordnung. Jedoch sei dies – so der Generalanwalt – keine ausreichende Rechtfertigung für ein Gesetz, das Kreditinstitute der anderen Mitgliedstaaten in diesem Maße diskriminiere.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2018-11/cp180173de.pdf>

FSB; Aktualisierte Liste der globalen systemisch wichtigen Banken

Das Financial Stability Board (FSB) veröffentlichte am 16.11.2018 die aktualisierte Liste der globalen systemisch wichtigen Banken (G-SIBs). Institute, die weltweit zu den größten und relevantesten Banken gehören, werden in sogenannte „Buckets“ eingeteilt. Nach dieser Einteilung müssen zusätzliche Kapitalpuffer vorgehalten werden. Als einziges deutsches Institut gehöre nach wie vor die Deutsche Bank zu den systemisch relevantesten Banken. Sie werde in Bucket 3 der G-SIB-Liste geführt,

zusammen mit Citigroup und HSBC. Der zusätzliche Kapitalpuffer betrage dort 2%. Die höchste Kategorie (Bucket 5) bleibe unbesetzt, während die weltweit systemisch relevanteste Bank unverändert JP Morgan Chase sei (Bucket 4). Die G-SIB-Liste enthalte nun 29 Institute. Im Vergleich zum Vorjahr schieden Nordea und die Royal Bank of Scotland aus.

<http://www.fsb.org/wp-content/uploads/P161118-1.pdf>

Kommission; Zwischenstand bei Bankenunion und Kapitalmarktunion

Die Kommission zog am 28.11.2018 Bilanz über die jüngsten Entwicklungen bei der Risikominderung im Bankensektor und über die Fortschritte auf dem Weg zu einem noch stärker integrierten und stabileren EU-Finanzsystem. Die Finanzstabilität sei in den letzten Jahren deutlich gestärkt worden und die Risikominderung im EU-Bankensektor schreite kontinuierlich voran. Im Europäischen Rat und auf dem Euro-Gipfel im Dezember sollen Entscheidungen über die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion getroffen werden. Unabhängig davon müssen die Arbeiten für mehr Finanzstabilität und eine stärkere Integration jedoch fortgesetzt werden. Zudem sei es an der Zeit, dass die gesetzgebenden Organe in allen wichtigen ausstehenden Dossiers eine Einigung fänden.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6548_de.htm

Finanzen

Kommission; Bewertung der Haushaltspläne der Mitgliedstaaten und Forderung nach mehr nachhaltigem Wachstum im Europäischen Semester 2019

Die Kommission prognostiziert für die EU in ihren am 21.11.2018 veröffentlichten wirtschaftlichen und sozialen Prioritäten für 2019 ein weiteres, sich abschwächendes Wirtschaftswachstum, das von hoher Unsicherheit geprägt ist. In der Vergangenheit habe sich die günstige Weltwirtschaftslage und das Niedrigzinsumfeld positiv auf das Wirtschaftswachstum ausgewirkt. Zentrale Zielstellungen für 2019 seien u.a. die Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion und eine gezieltere und effektivere Verwendung von Geldern der Strukturfinanzierung, um dadurch mehr makroökonomische Stabilität und eine bessere Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen. Die Kriterien im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) seien in den meisten Haushaltsplänen der Mitgliedstaaten eingehalten. Allerdings stellte die Kommission teilweise gravierende Abweichungen in den Planungen von ITL, BEL, FRA, PTL und SLO fest. Insbesondere im Fall von ITL liege ein besonders schwerwiegender Verstoß vor. ESP könne aus dem Defizitverfahren entlassen werden, da das Gesamtdefizit unter 3% fallen werde. Trotzdem bestünde im aktuellen Haushaltsentwurf die Gefahr, dass ESP die im SWP festgelegten Kriterien zum Schuldenabbau mittelfristig nicht einhalte. In der von GRI vorgelegten Haushaltsplanung sei eine Erfüllung der Kriterien im Rahmen der verstärkten Überwachung gegeben.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6462_de.htm

Kommission; Vorbereitung eines Defizitverfahrens gegen ITL

Die Kommission bestätigte am 21.11.2018 nach Bewertung der am 13.11.2018 vorgelegten überarbeiteten Übersicht über die Haushaltsplanung, dass ein besonders schwerwiegender Verstoß gegen die an ITL gerichtete Empfehlung des Rates vom 13.07.2018 vorliegt. Schon in ihrer am 23.10.2018 verabschiedeten Stellungnahme zur ursprünglichen Übersicht über die Haushaltsplanung, die ITL am 16.10.2018 übermittelt hatte, hatte die Kommission auf einen besonders schwerwiegenden

Verstoß hingewiesen. Daher stellt die Haushaltsplanung Italiens für 2019 eine wesentliche Änderung der von der Kommission im Mai 2018 analysierten maßgeblichen Faktoren dar, was eine Neubewertung des Schuldenstandkriteriums durch die Kommission erforderlich machte. Die daraufhin gefertigte Analyse der Kommission legt nahe, dass das Schuldenstandkriterium als nicht erfüllt angesehen werden sollte und ein Defizitverfahren auf Grundlage des Schuldenstandes daher angebracht ist.

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/economy-finance/1263_commission_report_211118_-_italy_de.pdf

Kommission; EU legt neuen Haushaltsentwurf für das Jahr 2019 vor

Am 19.11.2018 endeten die Verhandlungen zwischen dem EP und dem Rat der Europäischen Union über den EU-Haushalt 2019 ergebnislos. Gegenüber dem Kommissionsvorschlag fordert das EP Mehrausgaben für Innovationen, Jugend und Migration. So sollen unter anderem die Bereiche Infrastrukturausbau (Connecting Europe Facility), Forschung (Horizon 2020) und Erasmus+ stärker berücksichtigt werden. Ferner soll der Asyl- und Migrationsfonds und die Nachbarschaftsprogramme aufgestockt werden. Der Rat und das EP hatten drei Wochen Zeit, um den Haushalt 2019 zu verhandeln. Da innerhalb dieser Frist keine Einigung erzielt werden konnte, musste die Kommission einen neuen Haushaltsentwurf vorlegen. Der am 30.11.2018 neu vorgelegte Vorschlag sieht einen Haushalt von 165 Mrd. EUR an Mitteln für Verpflichtungen (EP forderte bisher 166 Mrd. EUR und der Rat 164 Mrd. EUR) und 148 Mrd. EUR für Zahlungen vor. Mit diesem neuen Vorschlag versucht die Kommission zwischen den Positionen des EP und der Mitgliedstaaten zu vermitteln, damit die EU auch 2019 weiter in Wachstum und Beschäftigung, Forschung und Innovation, Studenten und junge Menschen investieren kann. Falls sich die Verhandlungspartner bis zum 01.01.2019 nicht auf einen Kompromiss einigen, muss die EU vorerst mit Notbudgets arbeiten. Pro Monat stünde dann ein Zwölftel des Haushalts vom Vorjahr zur Verfügung.

<https://eur-lex.europa.eu/budget/www/index-de.htm>

Eurostat; Steuerquote im Verhältnis zum BIP in der EU auf 40,2% gestiegen

Eurostat teilte am 28.11.2018 mit, dass sich die Steuerquote im Verhältnis zum BIP, d.h. die Summe aller Steuern, Abgaben und Nettosozialbeiträge in Prozent des Bruttoinlandsprodukts, in der EU im Jahr 2017 auf 40,2% belief. Dies bedeute ein Anstieg gegenüber 2016 (39,9%). Im Euroraum lag die Steuerquote im Verhältnis zum BIP im Jahr 2017 bei 41,4%, ein leichter Anstieg gegenüber 41,2% im Jahr 2016. Im Vergleich zum Jahr 2016 ist die Steuerquote im Verhältnis zum BIP 2017 in fünfzehn Mitgliedstaaten (MS) gewachsen, wobei der größte Anstieg in CYP (von 32,9% im Jahr 2016 auf 34,0% im Jahr 2017) registriert wurde, gefolgt von LUX (von 39,4% auf 40,3%) und der SLK (von 32,4% auf 33,2%). Rückgänge waren dagegen in dreizehn MS zu beobachten, insbesondere in HUN (von 39,3% im Jahr 2016 auf 38,4% im Jahr 2017), ROM (von 26,5% auf 25,8%) und EST (von 33,8% auf 33,0%). In DEU ist die Steuerquote leicht angestiegen (von 40,2% auf 40,5%).

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/9409925/2-28112018-AP-DE.pdf/0d1d7c01-8a48-4315-b37f-11f9bd8046e3>

Eurostat; Jährliche Inflationsrate steigt im Oktober auf 2,2%

Aus einem Bericht von Eurostat vom 16.11.2018 geht hervor, dass die jährliche Inflationsrate im Oktober sowohl im Euroraum als auch in der gesamten EU bei 2,2% lag. Dies sei jeweils eine Steigerung von 0,1% im Vergleich zum Vormonat. Der größte Treiber der Inflation seien nach wie vor steigende Energiepreise. DEU liege mit derzeit 2,4% jährlicher Inflation leicht über dem EU-Durchschnitt.

Soziales

Rat; Allgemeine Ausrichtung zum Europäischen Solidaritätschors

Der Rat Bildung, Jugend, Kultur und Sport hat in seiner Sitzung am 27.11.2018 einstimmig eine partielle allgemeine Ausrichtung zu dem Vorschlag für eine Verordnung über das Europäische Solidaritätskorps 2021-2027 festgelegt. Dabei wurden budgetäre Fragen ausgeklammert, da diese derzeit im Rahmen der Verhandlungen über den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen diskutiert werden. Die Minister waren sich einig, dass das Europäische Solidaritätskorps jungen Menschen die Möglichkeit bietet, zum Wohle der Gesellschaft zu arbeiten und sich gleichzeitig besser an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes anzupassen. Die Minister betonten auch, dass das Europäische Solidaritätskorps auf die Notwendigkeit einer kohärenteren europäischen Gesellschaft eingeht. Die Kommission erklärte in der Sitzung ihre Absicht, die Mitgliedstaaten bei der Entwicklung geeigneter Indikatoren zur Bewertung der Effizienz des Europäischen Solidaritätskorps zu unterstützen. Das Europäische Solidaritätskorps hat zum Ziel, die Solidarität in der europäischen Gesellschaft zu fördern. Es soll jungen Menschen die Möglichkeit bieten, Solidarität zu zeigen, sich zum Wohle der Gemeinschaften zu engagieren und zur Lösung schwieriger Situationen in ganz Europa beizutragen. Die Kommission geht davon aus, dass das Programm 2021-2027 350 000 Personen im Alter zwischen 18 und 30 Jahren Möglichkeiten bietet, sich zu engagieren.

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14079-2018-INIT/en/pdf>

Rat; Entschließung zur Europäischen Jugendstrategie

Der Rat Bildung, Jugend, Kultur und Sport nahm in seiner Sitzung am 27.11.2018 eine Entschließung zur neuen EU-Jugendstrategie 2019-2027 an. Die Minister einigten sich auf einen sektor übergreifenden Ansatz der Jugendstrategie, um die Bedürfnisse junger Menschen auch in anderen EU-Politikbereichen zu berücksichtigen. Die Minister unterstützten die Kommission in ihrer Auffassung, dass mit der Jugendstrategie möglichst viele benachteiligte junge Menschen erreicht werden müssten. Dabei soll es aus Sicht der Minister insbesondere um die Förderung der Beteiligung junger Menschen am bürgerlichen und demokratischen Leben und um die Vernetzung junger Menschen in der gesamten EU und darüber hinaus gehen. Mit der Strategie sollen freiwilliges Engagement, Lernmobilität, Solidarität und interkulturelles Verständnis gefördert werden. Aus Sicht der Minister soll hierzu ein neuer EU-Jugendkoordinator installiert werden. Ferner unterstützten die Minister den Ansatz der Kommission, einen erneuten EU-Jugenddialog anzustoßen, um den Anliegen der Jugend besser Rechnung zu tragen. - Ein klarerer Zusammenhang zwischen der Umsetzung der EU-Jugendpolitik und den damit verbundenen Programmaktivitäten in Erasmus+ und dem Europäischen Solidaritätskorps.

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14080-2018-INIT/en/pdf>

Kommission; Entwurf des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts 2019

Die Kommission legte am 21.11.2018 den Entwurf des gemeinsamen Beschäftigungsberichts vor. Dem Bericht zufolge hält die Schaffung von Arbeitsplätzen an. Gleichzeitig verringert sich die Arbeitslosigkeit bei einer verbesserten sozialen Lage in der gesamten EU. In dem Bericht enthalten sind auch die Ergebnisse des sozialpolitischen Scoreboards, mit dem die Leistung der

Mitgliedstaaten (MS) vor dem Hintergrund der Grundsätze der europäischen Säule sozialer Rechte analysiert werden. Mit 239 Mio. Beschäftigten erreichte die Zahl der Erwerbstätigen im zweiten Quartal 2018 ihren bisherigen Höchststand. Ferner sank der Anteil der Bürger, die von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind, im Jahr 2017 gegenüber dem Vorjahr um 5 Mio. Menschen. Der Bericht stellt jedoch auch fest, dass nicht alle gesellschaftlichen Gruppen von der wirtschaftlichen Erholung profitieren. Vor allem bei jungen Menschen, Geringqualifizierten und Menschen mit Migrationshintergrund wird in einer Reihe von MS eine schwach ausgeprägte Beschäftigungsfähigkeit festgestellt. Zwar nimmt die Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt weiter zu, jedoch führe diese Zunahme nicht gleichzeitig zu einer nennenswerten Verringerung des Lohn- oder Rentengefälles zwischen Frauen und Männern, so der Bericht.

https://ec.europa.eu/info/publications/2019-european-semester-draft-joint-employment-report_en

Gesundheit und Verbraucherschutz

EuGH; Urteil zum Off-Label-Use von Medikamenten

Der EuGH hat am 21.11.2018 sein Urteil in dem Vorabentscheidungsverfahren Novartis Farma SpA / Agenzia Italiana del Farmaco (AIFA) u. a. (Rechtssache C-29/17) verkündet. Demnach ist es nach Unionsrecht unter bestimmten Voraussetzungen nicht unzulässig, wenn ein nationales Krankenversicherungssystem die Kosten für eine Anwendung eines Arzneimittels übernimmt, die nicht von der Genehmigung für das Inverkehrbringen des entsprechenden Arzneimittels erfasst ist (sogenannter Off-Label-Use). Hintergrund des Vorabentscheidungsverfahrens war ein Rechtsstreit zwischen erstens der Novartis Farma SpA und der Italienischen Arzneimittelagentur (AIFA) sowie zweitens der Roche Italia SpA und dem obersten italienischen Rat für das Gesundheitswesen (CSS). Die im Jahr 2005 der Gesellschaft Roche Italia (Roche) erteilte Verkehrsgenehmigung für das Arzneimittel Avastin erfasst ausschließlich onkologische Indikationen. Vor den italienischen Gerichten focht Novartis daraufhin die Entscheidung der AIFA mit der Begründung an, Avastin werde dadurch unter Voraussetzungen begünstigt, die nicht dem Inhalt seiner Genehmigung entsprächen. Der EuGH verweist in seinem Urteil auf die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für die Organisation und die Verwaltung des Gesundheitswesens. Ebenso sei es nationale Entscheidung, welche Arzneimittel in den Anwendungsbereich der nationalen Krankenversicherungssysteme einbezogen werden. Jedoch müsse bei der Ausübung dieser Kompetenz Unionsrecht beachtet werden. Auch nach seiner Umverpackung falle Avastin in den Anwendungsbereich der Richtlinie 2001/83. Das Unionsrecht verböte weder die Verschreibung eines Arzneimittels außerhalb seiner Verkehrsgenehmigung noch die Umverpackung des Arzneimittels zu diesem Zweck. Voraussetzung sei jedoch die in der Richtlinie vorgesehene Verpflichtung zum Besitz einer Verkehrsgenehmigung und einer Herstellungserlaubnis. Die Umverpackung von Avastin für eine nicht von seiner Verkehrsgenehmigung gedeckte Anwendung erfordere jedoch keine neue Verkehrs- oder Herstellungsgenehmigung, sofern die Umverpackung nicht zu einer Veränderung des Arzneimittels führe. Zudem müsse die ophtalmologische Indikation von Avastin durch einen Arzt mittels eines individuellen Rezepts verschrieben werden. Ferner dürfe die Umverpackung nur von zugelassenen Apotheken für die Verabreichung in Krankenhäusern vorgenommen werden. Es sei Aufgabe der nationalen Gerichte zu überprüfen, ob diese Voraussetzungen gegeben sind.

<http://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-29/17>

EuGH; Schlussantrag Generalanwalt zu Entschädigungszahlungen bei Flugverspätung

Generalanwalt Tanchev hat am 22.11.2018 seinen Schlussantrag in der Rechtssache C-501/17 (Germanwings GmbH gegen Wolfgang Pauels) zur Ausgleichspflicht von Fluggesellschaften bei außergewöhnlichen Umständen vorgelegt. Zugrunde liegt ein Rechtsstreit am Landgericht Köln, bei der ein Deutscher gegen das Unternehmen Germanwings geklagt hat, weil dieses ihm Ausgleichszahlungen nach einer dreistündigen Flugverspätung verwehrt hatte. Germanwings begründete dies damit, dass die Verspätung durch außergewöhnliche Umstände, nämlich der Beschädigung des Reifens des Flugzeuges durch Kleinteile auf dem Rollfeld, zustande kam. Wird ein solcher Vorfall als außergewöhnlicher Umstand eingestuft, befreit dies die Fluglinie von ihrer Ausgleichspflicht gegenüber der Fluggäste nach Fluggastrechteverordnung 261/2004, Art. 5 Abs. 1. Der Generalanwalt teilt die Einschätzung der Fluggesellschaft, dass es sich bei einer Beschädigung des Reifens durch Kleinteile auf dem Rollfeld um außergewöhnliche Umstände handelt.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=207984&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1>

Kommission; Gesundheitsbericht vorgelegt

Die Kommission hat am 23.11.2018 gemeinsam mit der OECD den Bericht „Gesundheit auf einen Blick: Europa 2016“ vorgelegt. Demnach leben Menschen in Europa zwar immer länger, altern aber nicht immer gesund. So liege die Lebenserwartung in den meisten EU-Ländern inzwischen bei über 80 Jahren. Gleichzeitig seien aber etwa 50 Mio. Menschen in der EU mehrfach chronisch krank. Chronische Krankheiten führten auch dazu, dass jedes Jahr etwa eine halbe Mio. Menschen im erwerbsfähigen Alter stürben. Risikofaktoren seien nach wie vor das Rauchen und die Fettleibigkeit. Die daraus entstehenden jährlichen Kosten für die Volkswirtschaften der EU beliefen sich auf ca. 115 Mrd. EUR. Der Bericht konstatiert, dass viele Menschenleben gerettet werden könnten, wenn mehr Ressourcen in effektive Strategien zur Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention investiert würden. Zudem fordert der Bericht eine bessere Zugänglichkeit der Gesundheitssysteme. 27% der Patienten suchten deswegen eine Notaufnahme auf, weil nicht genügend Einrichtungen zur medizinischen Grundversorgung vorhanden seien. Gleichzeitig würden 15% der Gesundheitsausgaben von den Patienten aus eigener Tasche gezahlt. Das führe dazu, dass sich das Risiko, nur schwer angemessene medizinische Versorgung zu erhalten, für mittellose Menschen in Europa durchschnittlich verzehnfache. Daher sei es erforderlich, dass die Mitgliedstaaten ein stärkeres Augenmerk auf die Reduktion finanzieller Hemmnisse beim Zugang zu medizinischer Grundversorgung richteten.

https://ec.europa.eu/health/state/glance_de

U m w e l t

EuRH; Hochwasserschutz soll verbessert werden

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) legte am 20.11.2018 einen Prüfbericht zur EU-Hochwasserrichtlinie aus dem Jahr 2007 vor und mahnte deren Planung und Umsetzung an, welche nun verbessert werden soll. Der EuRH stellte fest, dass die Hochwasserrichtlinie insgesamt positive Auswirkungen hatte, die Umsetzung hochwasservorbeugender Maßnahmen jedoch durch Mängel bei der Zuweisung von Finanzmitteln durch die EU beeinträchtigt ist. Er weist darauf hin, dass sich auch künftig große Herausforderungen stellen werden. Dies gilt insbesondere dabei äußere

Faktoren wie den Klimawandel, Hochwasserversicherungen und die Raumordnung deutlicher in das Hochwassermanagement zu integrieren.

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/INSR18_25/INSR_FLOODS_DE.pdf

Kommission; Bewertung der EU-Kunststoffstrategie

In einer am 20.11.2018 veröffentlichten vorläufigen Bewertung der EU-Kunststoffstrategie begrüßt die Kommission freiwillige Industriezusagen zur Stärkung des Marktes für recycelte Kunststoffe und ruft zu weiteren Maßnahmen auf. In ihrer Bewertung der EU-weiten Selbstverpflichtungskampagne im Rahmen der Strategie für Kunststoffe kommt die Kommission zum Schluss, dass sich Unternehmen in der EU in erheblichem Maße beim Kunststoffrecycling engagieren. Die zur Verfügung gestellte Menge wird allerdings derzeit noch nicht nachgefragt, weshalb zur Erreichung des Ziels eines gut funktionierenden EU-Markts für recycelte Kunststoffe weitere Maßnahmen getroffen werden müssen. Die Kommission wird die Selbstverpflichtungen nun im Einzelnen prüfen. Ergebnisse dieser detaillierten Bewertung werden im ersten Quartal 2019 erwartet.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6444_de.htm

Kommission; EU-Leitlinien zum Schutz von Naturschutzgebieten überarbeitet

Im Rahmen des EU-Aktionsplans für Menschen, Natur und Wirtschaft hat die Kommission am 21.11.2018 eine überarbeitete Version der EU-Leitlinien zum Schutz von Naturschutzgebieten veröffentlicht, welche die Umsetzung der EU Natur-Richtlinien (Vogelschutz- und Habitat-Richtlinien) erheblich verbessern soll. Die neuen Leitlinien sollen die Regelungen der Habitat-Richtlinie in einer anschaulichen Art und Weise erklären. Dies sei enorm wichtig in der Umsetzung aller Natur-Richtlinien, da hier das Management und der Schutz der Natura 2000-Orte definiert wird. Die Leitlinien sind vorrangig an die zuständigen Gremien der Mitgliedstaaten adressiert. Das Hauptziel der Überarbeitung war es, zwischenzeitliche Urteile des EuGHs in die 2000 erstellten Leitlinien mit aufzunehmen.

https://ec.europa.eu/info/news/eu-nature-action-plan-revised-guidance-managing-protected-natura-2000-areas-2018-nov-21_de

Kommission; Kommission fordert klimaneutrales Europa bis zum Jahr 2050

Auf dem Weg zu einem klimaneutralen Europa hat die Kommission am 28.11.2018 eine langfristige Strategie für eine wohlhabende, moderne, wettbewerbsfähige und klimaneutrale Wirtschaft mit dem Titel „Ein sauberer Planet für alle“ verabschiedet. Die Strategie zeigt Vorgehensweisen auf dem Weg zur Klimaneutralität in Europa auf. Dazu gehören realistische technologische Lösungen, Übertragung von Eigenverantwortung an Bürger und das Abstimmen von Maßnahmen in Schlüsselbereichen wie Industriepolitik, Finanzwesen und Forschung, bei Achtung eines sozial gerechten Übergangs. Die Vision für eine klimaneutrale Zukunft wurde auf Aufforderung des Europäischen Rates vom März 2018 hin präsentiert. Sie steht mit den Zielen des Übereinkommens von Paris in Einklang. Um wegweisend in der Welt zu sein, müsse die EU bis 2050 Klimaneutralität erreichen.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6543_de.htm

Rat; Information der Kommission über die Marktsituation in der Landwirtschaft

Auf der Sitzung des Landwirtschaftsrats am 19.11.2018 fand eine Information der Kommission über die ökonomische Situation der EU im Bereich der Landwirtschaft statt. Die Lage des Milch-, Zucker- und Rindfleischmarktes hätten sich gegenüber dem letzten Bericht im Juni deutlich gebessert, während die Lage im Schweinefleischmarkt ganz besonders durch den geringeren Export nach China und die Herausforderungen der Schweinepest schlechter geworden sei. Die Kommission ergriff zudem die Gelegenheit zu verkünden, dass sie eine hochrangige Gruppe der Mitgliedstaaten zur Überwachung des Zuckersektors einrichten möchte. Während die Landwirtschaftsminister die generell positive ökonomische Situation in den Hauptmarkt Bereichen begrüßten, drückten sie auch ihre Bedenken über die Marktsektoren Zucker und Schweinefleisch aus.

<https://www.consilium.europa.eu/media/37033/st14398-en18.pdf>

Rat; Aktuelle Herausforderungen im Bereich des Pflanzenschutzes

Auf dem Landwirtschaftsrat am 19.11.2018 fand ein Gedankenaustausch zu aktuellen Herausforderungen im Bereich des Pflanzenschutzes statt. Neben dem Hinweis auf die Wichtigkeit der neuen Verordnungen zu Pflanzengesundheit und -schutz, welche im Dezember 2019 in Kraft treten werden, haben die Landwirtschaftsminister auch die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der EU im Bereich von Pflanzenschutzprodukten betont. Die neuen Verordnungen setzen den Rahmen für einen neuen, proaktiveren Ansatz, welcher neuen Herausforderungen entgegengesetzt wird. Die Landwirtschaftsminister betonten weiterhin, dass Pflanzenschutzmitteln eine steigende politische und soziale Bedeutung zukommt. Die Diskussion fand auf Basis eines Berichts der Kommission im Rahmen des REFIT-Programms vom 10.10.2018 zur nachhaltigen Nutzung von Pestiziden in den Mitgliedstaaten statt.

<https://www.consilium.europa.eu/media/37033/st14398-en18.pdf>

Rat; Arbeitskreis Ländliches Afrika

In der Sitzung des Landwirtschaftsrates am 19.11.2018 fand ein Gedankenaustausch mit dem Vorsitzenden der dieses Jahr gegründeten Arbeitsgruppe Ländliches Afrika (TFRA) statt. Der Vorsitzende präsentierte den Landwirtschaftsministern die bisherigen Ergebnisse der Arbeitsgruppe. Vier Herausforderungen hat er gesondert angesprochen: die Verwendung eines territorialen Ansatzes in Afrika um die Attraktivität ländlicher Regionen zu steigern; Investitionen in eine nachhaltige Entwicklung der afrikanischen Lebensmittelindustrie; Unterstützung der stetigen Umwandlung der afrikanischen Landwirtschaft; Unterstützung bei der Verwaltung afrikanischer Rohstoffe und Entwicklung von klima-resistenten Strategien. Diese Vorschläge wurden von den Landwirtschaftsministern weitgehend willkommen geheißen. Der Abschlussbericht des TFRA mit Handlungsempfehlungen und Vorschlägen für weitere Initiativen wird Ende des Jahres erwartet.

<https://www.consilium.europa.eu/media/37033/st14398-en18.pdf>

Rat; Aussprache über Reformpaket der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020

Im Laufe der Sitzung des Landwirtschaftsrates am 19.11.2018 fand die zweite Orientierungsaussprache zum Reformpaket der GAP statt. Der Rat diskutierte dabei zwei Fortschrittsberichte über die Arbeit der Vorbereitungsgruppen. Nahezu alle Mitgliedstaaten (MS) wiesen dabei auf die zunehmende Verantwortung nationaler Institutionen bei der Umsetzung und Überwachung der GAP hin und forderten eine simplere und effektivere GAP ohne ausufernde administrative Hindernisse. Kritisiert

wurden zudem ein erhöhter Arbeitsaufwand nationaler Organisationen, was von der Kommission allerdings dementiert wurde. Zusätzlich erfuhr der jährliche Leistungsbericht, den das Reformpaket einführen wird, erhebliche Kritik. Auch hier argumentierte die Kommission gegen die MS und hielt an der Notwendigkeit eines jährlichen Leistungsberichts fest.

<https://www.consilium.europa.eu/media/37033/st14398-en18.pdf>

ECHA; Informationen zu REACH veröffentlicht

Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) hat am 06.11.2018 Informationen zur Aktualisierung der Registrierungs dossiers von Chemikalien im Zuge des REACH-Verfahrens veröffentlicht. Dies ist ein Schritt zur Stoffregistrierung im Rahmen der REACH-Verordnung. Die ECHA stellte klar, dass es eine gesetzliche Verpflichtung aller Registranden gibt, alle aktuellen Erkenntnisse zur sicheren Verwendung eines Stoffes aufzuführen. Registranden wurden daran erinnert, dass die Behörden die Registrierungs dossiers als Grundlage weiterer Regulierungsmaßnahmen nutzen. Des Weiteren veröffentlichte ECHA eine Übersicht über das Vorgehen bei Dossieraktualisierungen.

<https://echa.europa.eu/de/reach-2018/keep-your-registration-up-to-date?cldee=aHVuZGhhdXNlbi5tb3JpdHpAZGloay5kZQ%3d%3d&recipientid=lead-aa1352ad0c0ce81180fb005056952b31-bd74e5e2fef243079a24470885dbf148&esid=8dafc4b7-63e2-e811-8106-005056952b31>

EuRH; Bericht zum Tierschutz

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat am 14.11.2018 einen Sonderbericht zum Tierschutz in der EU (31/2018) herausgegeben. Darin stellt der EuRH fest, dass die EU-Maßnahmen für den Tierschutz in wichtigen Punkten erfolgreich waren, dass jedoch beim Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere weiterhin Schwachstellen bestehen. Die Kommission hat Leitlinien zum Transport, zur Schlachtung von Tieren und zum Schutz vom Schweinen herausgegeben, bei der Umsetzung in den Mitgliedstaaten (MS) bestehen jedoch noch Probleme. Die MS ergreifen zwar Allgemeine Maßnahmen, um die Empfehlungen der Kommission umzusetzen, allerdings erfolgt dies meist nicht zeitnah.

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/INSR18_31/INSR_ANIMAL_WELFARE_DE.pdf

Eurostat; Landwirtschaftliche Gesamtrechnung

Eurostat veröffentlichte am 16.11.2018 die Landwirtschaftliche Gesamtrechnung der EU des Jahres 2017, welche zeigte, dass die gesamte landwirtschaftliche Erzeugung der EU im Vergleich zum Vorjahr um 6,2% gestiegen ist. Infolge des deutlichen Anstiegs der landwirtschaftlichen Erzeugung bei geringerer Steigerung der Vorleistungen erzielte die EU-Agrarindustrie im Jahr 2017 eine deutlich höhere Bruttowertschöpfung (+12,4%) als im Jahr zuvor. FRA hatte die höchste gesamte landwirtschaftliche Erzeugung aller Mitgliedstaaten, gefolgt von ITL, ESP, dem GBR, den NDL, POL und ROM.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/9380928/5-16112018-BP-DE.pdf/56176dff-bc89-458f-8a7e-8d4c43e26b7c>

EP; Einigung über Maßnahmen für abfallbasierten Dünger

Die Verhandlungsführer des EP, des Rats und der Kommission haben am 21.11.2018 eine vorläufige politische Einigung über den Kommissionsvorschlag vom März 2016 erzielt, der vorsieht die Verwendung von organischen und abfallbasierten Düngern zu fördern. Der Vorschlag baut auf dem Aktionsplan der Kommission zur

Kreislaufwirtschaft auf. Zur Harmonisierung der Marktzulassung in der EU wird die Verordnung Vorschriften über Sicherheits-, Qualitäts- und Kennzeichnungsanforderungen enthalten, die alle in der EU gehandelten Düngemittel einhalten müssen. Zudem werden in der Verordnung Grenzwerte für Kadmium und andere Schadstoffe in Phosphatdüngern eingeführt. EP und Rat müssen noch zustimmen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20181121-kreislaufwirtschaft-gesetzgeber-wollen-duengemittel-aus-bioabfall-foerdern_de

Kommission; Bericht über die Entwicklung von Eiweißpflanzen in der EU

Die Kommission hat am 22.11.2018 ihren Bericht über die Entwicklung von Eiweißpflanzen in der EU veröffentlicht, in dem sie untersucht, wie das Potenzial einer europäischen Produktion von Eiweißpflanzen ausgeschöpft werden kann. Der Bericht überprüft die Angebots- und Nachfragesituationen von Eiweißpflanzen in der EU und erkundet die Möglichkeiten, ihre Produktion weiterhin ökonomisch und ökologisch auszubauen. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass die EU eine starke Nachfrage nach pflanzlichem Eiweiß verzeichnet, die allerdings in großen Teilen durch Importe gedeckt wird. Dies soll sich in der Zukunft wandeln. Deshalb untersucht der Bericht bestehende politische Instrumente und neue politische Vorschläge, die zur Verwirklichung des wirtschaftlichen und ökologischen Potenzials von Eiweißpflanzen in der EU beitragen können.

https://ec.europa.eu/agriculture/cereals/development-of-plant-proteins-in-europe_de

Rat; Tierarzneimittelpaket angenommen

In der Sitzung des Rates am 26.11.2018 wurde das Tierarzneimittel-Paket mit zwei neuen Verordnungen in den Bereichen Tierarzneimittel und Herstellung und Verwendung von Arzneifuttermitteln angenommen, sowie das Verfahren für die Genehmigung und Überwachung von Human- und Tierarzneimitteln geändert und Änderungen der Europäischen Arzneimittel-Agentur beschlossen. Diese neuen und verbesserten Vorschriften werden eingeführt, um antimikrobielle Resistenzen zu bekämpfen und die Sicherheit und Verfügbarkeit von Tierarzneimitteln und Arzneifuttermitteln zu verbessern. Zu den Maßnahmen gehören u.a. die Einschränkung der Verwendung antimikrobieller Wirkstoffe bei nicht-kranken Tieren und den Vorbehalt bestimmter antimikrobieller Stoffe zur alleinigen Behandlung von Menschen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/11/26/green-light-for-new-rules-on-veterinary-medicines-and-medicated-feed/>

J u s t i z

Kommission; Stelle des Europäischen Generalstaatsanwalts ausgeschrieben

Die Kommission hat am 19.11.2018 die Stellenausschreibung für den Europäischen Generalstaatsanwalt veröffentlicht. Der Europäische Generalstaatsanwalt wird die neue Europäische Staatsanwaltschaft (EU-StA) leiten, die zuständig ist für die strafrechtliche Untersuchung und Verfolgung von Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der EU. Die EU-StA wurde im Wege der verstärkten Zusammenarbeit von mittlerweile 22 Mitgliedstaaten errichtet. Sie soll Ende 2020 ihre Arbeit aufnehmen und ihren Sitz in LUX haben; dort wird auch der Dienstsitz des für eine Amtszeit von sieben Jahren ernannten EU-Generalstaatsanwalts sein. Die Bewerber müssen u.a. mindestens fünfzehn Jahre Berufserfahrung als aktives Mitglied der Staatsanwaltschaft oder Richterschaft haben sowie über mindestens fünf Jahre

staatsanwaltschaftliche Erfahrung mit der Untersuchung und Verfolgung von Finanzstraftaten verfügen. Ein Auswahlausschuss erstellt eine Auswahlliste der qualifizierten Bewerber und legt sie dem EP und dem Rat vor, die den Europäischen Generalstaatsanwalt im gegenseitigen Einvernehmen ernennen. Bewerbungsschluss ist der 14.12.2018.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:C2018/418A/01&from=EN>

EP; Rechtsausschuss nimmt Bericht zum Schutz von Hinweisgebern an

Der Rechtsausschuss (JURI) des EP hat am 20.11.2018 den Bericht von MdEP Virginie Rozière (S&D/FRA) zum Vorschlag für eine Richtlinie zur Stärkung des Schutzes von Hinweisgebern (Whistleblowern) in der EU mit breiter Mehrheit angenommen. Der Richtlinienentwurf der Kommission vom 23.04.2018 sieht eine Reihe gemeinsamer Mindeststandards vor, die Hinweisgebern Schutz vor Repressalien bieten sollen, wenn diese Verstöße in bestimmten Bereichen des EU-Rechts (u.a. Umweltschutz, Finanzdienstleistungen und Verbraucherschutz) melden. Zu dem Berichtsentwurf waren fast 600 Änderungsanträge eingereicht worden. Erwartungsgemäß hat der JURI den Kommissionsvorschlag verschärft: So wurde der Anwendungsbereich ausgedehnt auf Personen, die Hinweisgeber unterstützen, wie z.B. Journalisten. Den Hinweisgebern soll überlassen bleiben, ob sie die Meldung über interne oder externe behördliche Kanäle melden; die Kommission will hingegen vorgeben, dass im Grundsatz zunächst der interne Meldekanal ausgeschöpft werden muss. Außerdem will das EP den Mitgliedstaaten vorschreiben, eine zentrale Anlaufstelle einzurichten, die Hinweisgeber kostenlos berät und rechtliche und finanzielle Unterstützung leistet.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A8-2018-0398&format=XML&language=EN>

EP; Rechtsausschuss billigt Online-Eintragung von Gesellschaften

Der Rechtsausschuss (JURI) des EP hat am 20.11.2018 den Bericht von MdEP Tadeusz Zwiefka (EVP/POL) über den Vorschlag für eine Richtlinie zur Änderung der Richtlinie (EU) 2017/1132 im Hinblick auf den Einsatz digitaler Werkzeuge und Verfahren im Gesellschaftsrecht angenommen. Die Kommission hatte den Vorschlag am 25.04.2018 unterbreitet. Er sieht vor, dass Gesellschaften vollständig online gegründet und eingetragen werden können. Der JURI stimmt dem Ansatz der Kommission zu und will den Begriff der „Registrierung“ noch erweitern, so dass der gesamte Gründungsprozess digitalisiert wird. Allerdings kann auch ein Notar beteiligt werden. Die physische Präsenz des Antragstellers darf dagegen nur bei Verdacht auf Identitätsbetrug oder bei überwiegendem öffentlichen Interesse zur Prüfung der Rechts- und Geschäftsfähigkeit verlangt werden. Am 06.12.2018 will der JURI entscheiden, ob der Berichterstatter auf Basis des abgestimmten Textes mit der Kommission und dem Rat Trilog-Verhandlungen zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens aufnehmen darf.

<http://www.europarl.europa.eu/ep-live/de/committees/video?event=20181120-0930-COMMITTEE-JURI>

EuRH; Kritik am Kommissionsvorschlag zur Reform von OLAF

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) kritisiert in einer Stellungnahme vom 22.11.2018 den Vorschlag der Kommission vom 23.05.2018 zur Änderung der Verordnung Nr. 883/2013 über das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF). Mit der neuen Verordnung sollen die Arbeitsweise von OLAF im Lichte der Schaffung der Europäischen Staatsanwaltschaft angepasst und die Wirksamkeit von OLAF-Untersuchungen verbessert werden. Der EuRH begrüßt im Grundsatz die Reform, und

äußert sich positiv zu einigen Reformmaßnahmen. So stellt er die Klarstellung des Verhältnisses von nationalem und EU-Recht bei Kontrollen vor Ort, den Zugang von OLAF zu Bankkonten und die erweiterte Zulässigkeit von Beweismitteln, die OLAF gesammelt hat, als positiv heraus. Der EuRH kritisiert aber, dass das grundsätzliche Problem der unzureichenden Effektivität der Untersuchungen nicht behoben wird. Er empfiehlt, kurzfristig die Rolle von OLAF zu überdenken und mittelfristig das Verhältnis von OLAF und der Europäischen Staatsanwaltschaft zu evaluieren und gegebenenfalls weitere legislative Maßnahmen vorzuschlagen. Der Verordnungsentwurf der Kommission wird derzeit vom EP und dem Rat beraten; beide Institutionen müssen dem Vorschlag im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren zustimmen.

<https://www.eca.europa.eu/de/Pages/DocItem.aspx?did=48309>

EP; Kritik an DEU betreffend grenzüberschreitende Familienstreitigkeiten

Das EP hat am 29.11.2018 eine nicht-legislative Entschließung angenommen (307:211:112), in der es die sehr große Zahl von Petitionen hervorhebt, die das EP in den letzten zehn Jahren von nichtdeutschen Eltern zum Verhalten des „deutschen Jugendamts“ erhalten hat. Die Petenten verurteilen mutmaßliche Diskriminierung und willkürliche Maßnahmen in grenzüberschreitenden Familienstreitigkeiten mit Kindern, sowie unzureichende Beratung und rechtliche Unterstützung durch die nationalen Behörden ihres Herkunftslandes. Das EP fordert, dass das Recht von Kindern binationaler Paare, ihre Identität zu behalten, einschließlich ihrer Familienbeziehungen, angemessen gewahrt wird. Gemeint ist mit dem deutschen Jugendamt, soweit ersichtlich, das nach § 3 Abs. 1 des Gesetzes zur Aus- und Durchführung bestimmter Rechtsinstrumente auf dem Gebiet des internationalen Familienrechts als zentrale Behörde zuständige Bundesamt für Justiz in Bonn. Das EP betont, es sei wichtig, dass die Kommission eine aktive Rolle bei der Gewährleistung fairer und kohärenter diskriminierungsfreier Vorgehensweisen gegenüber Eltern bei der Behandlung grenzüberschreitender Sorgerechtsfälle in der gesamten EU spielt.

<http://www.europarl.europa.eu/plenary/de/texts-adopted.html>

I n n e r e s

Kommission; Sportjugend Hessen gewinnt BelInclusive Award

Für ihr Projekt „Sport und Flüchtlinge“ wurde der Sportjugend Hessen e.V. am 28.11.2018 in Brüssel der #BelInclusive EU Sport Award verliehen. Der Preis zeichnet europäische Sportorganisationen aus, die im Einsatz für soziale Inklusion herausragende Leistung gezeigt haben. Die Sportjugend Hessen e.V. ist Hessens größter Jugendverband im Landessportbund Hessen e.V. Er hat 830.000 Mitglieder in insg. 7.745 Vereinen und setzt sich mit einem vielfältigen Angebot für Jugendliche ein. So unterstützt der Verband u.a. durch das ausgezeichnete Programm „Sport und Flüchtlinge“ Menschen, die sich mit der Herausforderung eines komplett neuen Umfeldes konfrontiert sehen. Durch ein vielfältiges Bewegungs- und Sportprogramm sollen sie in ihren Städten und Gemeinden schnell und unkompliziert Fuß fassen können. Der Verband bietet seinen Mitgliedern darüber hinaus zahlreiche Aus- und Fortbildungen im Bereich der Qualifikation für Jugendarbeit, sowie ein umfassendes Beratungs- und Informationsangebot. Übergeordnetes Ziel ist dabei stets die Förderung einer demokratischen und diskriminierungsfreien Gesellschaft. Das Projekt „Sport und Flüchtlinge“ sowie zwei andere Projekte setzten sich gegenüber insgesamt 111 eingereichten Projekten durch. Als einer der drei Gewinner erhielt der Sportjugend Hessen e.V. 10.000 Euro.

https://ec.europa.eu/germany/news/20181128-sportjugend-hessen-award_de

Kommission; 141 Mio. EUR für Sahelzone und Tschadsee-Region

2015 wurde der EU-Notfall-Treuhandfonds für Afrika eingerichtet, um Ursachen für Instabilität, irreguläre Migration und Zwangsvertreibung anzugehen. Im Rahmen dieses Fonds gab die Kommission am 20.11.2018 141 Mio. EUR frei, um fünf neue Programme zur Stärkung der Entwicklung und Stabilität in der Sahelzone und Tschadsee-Region zu unterstützen. Ein Sofortprogramm in Höhe von 70 Mio. Euro soll den Zugang der Menschen zu Sozialdiensten in Grenzgebieten verbessern. Weitere 5 Mio. Euro dienen der weiteren Durchführung eines Programms zur Integration von Jugendorganisationen in den Prozess der Gestaltung und Umsetzung von Entwicklungs- und Sozialpolitik. Auch die Unterstützung von Maßnahmen zur besseren Steuerung der Migration und dem Aufbau von Zivilstandsregister wird fortgeführt. Mit den fünf neuen Programmen erhöht sich die Gesamtzahl der seit Dezember 2015 für die Sahelzone und den Tschadsee verabschiedeten Programme auf 91 mit einem Gesamtwert von 1,7 Mrd. Euro.

https://ec.europa.eu/germany/news/20182011-sahelzone-tschadsee-region_de

Kommission; 500.000 EUR für Flüchtlinge und Migranten in Bosnien und Herzegowina

Die Kommission stellte am 29.11.2018 weitere 500.000 EUR für die humanitäre Hilfe von bedürftigen Flüchtlingen und Migranten in Bosnien und Herzegowina zur Verfügung. Damit beläuft sich die humanitäre Unterstützung der EU im West Balkan auf insgesamt 31 Mio. EUR, davon 2 Mio. EUR für Bosnien und Herzegowina, seit 2015.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6593_en.htm

Rat; formale Zustimmung zur Stärkung des Schengener Informationssystems

Am 19.11.2018 stimmte der Rat der im Juni erzielten politischen Einigung über die drei Verordnungsvorschläge der Kommission zur Verbesserung des Schengener Informationssystems (SIS) zu. Die Vorschläge bezwecken einen verbesserten Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten. Sie beziehen sich auf die Nutzung des SIS für Grenzmanagement, polizeiliche Zusammenarbeit und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen sowie auf die Rückkehr/Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger. Die wesentlichen Komponenten sind ein besseres Warnmeldesystem und eine effizientere Personenidentifizierung sowie die Gewährleistung von Interoperabilität und Datenschutz. Das EP hatte bereits am 24.10.2018 formal zugestimmt. Nunmehr steht noch die Unterzeichnung der Texte durch den EP-Präsidenten und den österreichischen Ratsvorsitz aus, bevor die Texte im Amtsblatt der EU veröffentlicht und 20 Tage danach in Kraft treten. Die neuen Funktionen des SIS sollen schrittweise implementiert werden und bis 2021 voll einsatzbereit sein.

https://ec.europa.eu/germany/news/schengen20181119_de

Rat; Standpunktfestlegung zum Richtlinienvorschlag betreffend den Zugang zu Finanzinformationen zur Verhinderung und Bekämpfung schwerer Straftaten

Am 21.11.2018 vereinbarten der Rat auf Botschafterebene die Verhandlungsposition des Rates zum Richtlinienvorschlag zur Festlegung von Vorschriften zur Erleichterung der Nutzung von Finanz- und sonstigen Informationen für die Verhütung, Aufdeckung, Untersuchung oder Verfolgung bestimmter Straftaten. Nach der vereinbarten Verhandlungsposition müssen die Mitgliedstaaten (MS) u.a. sicherstellen, dass die zuständigen Strafverfolgungsbehörden auch befugt sind, direkt und umgehend auf Bankkontoinformationen zuzugreifen und diese abzufragen, um bestimmte Straftaten

zu verhüten, aufzudecken, zu untersuchen oder zu verfolgen. Zentralen Meldestellen müssen ferner in der Lage sein, Ersuchen der zuständigen Strafverfolgungsbehörden um Finanzinformationen oder -analysen zügig zu beantworten. Die MS müssen außerdem Behörden benennen, die direkt auf Bankkontoinformationen zugreifen dürfen, darunter zumindest die Vermögensabschöpfungsstellen. Die benannten zuständigen Behörden sollen verpflichtet werden, Ersuchen der nationalen zentralen Meldestelle zu Strafverfolgungsinformationen zügig zu beantworten. Darüber hinaus müssen die zuständigen Behörden und die zentrale Meldestelle in der Lage sein, von Europol gestellte ordnungsgemäß begründete Ersuchen um Bankkonto- und Finanzinformationen zu beantworten. Auf der Grundlage dieses Mandats wird der Ratsvorsitz die Verhandlungen mit dem EP aufnehmen, sobald dieses seinen Standpunkt festgelegt hat.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/11/21/law-enforcement-access-to-financial-information-council-adopts-negotiating-position/>

Rat; neue EU-Strategie gegen unerlaubte Feuer-, Klein- und leichte Waffen sowie dazugehöriger Munition

Am 19.11.2018 verabschiedete der Rat für auswärtige Angelegenheiten eine neue EU-Strategie gegen unerlaubte Feuerwaffen, Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) sowie dazugehörige Munition mit dem Titel "Gefahren abwenden, Bürger schützen". Er entschloss, den unerlaubten Handel mit SALW und der dazugehörigen Munition zu verhindern und einzudämmen und sich für Rechenschaftspflicht und Verantwortung beim legalen Handel mit ihnen einzusetzen. Die neue EU-Strategie ersetzt die Strategie aus dem Jahr 2005 und trägt dem veränderten Sicherheitsumfeld, einschließlich der terroristischen Bedrohung innerhalb der EU, Rechnung. Sie berücksichtigt zudem Entwicklungen in der Bauweise von SALW und der SALW-Technologie, die sich auf die Fähigkeit von Regierungen auswirken, der davon ausgehenden Bedrohung entgegenzuwirken. Darüber hinaus werden die Leitprinzipien der Globalen Strategie der EU von 2016 berücksichtigt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/11/19/securing-arms-protecting-citizens-council-adopts-new-eu-strategy-against-illicit-firearms-small-arms-and-light-weapons-and-their-ammunition/>

EP; Positionierung zu neuen Regeln für befristete Binnengrenzkontrollen

Das Plenum legte am 29.11.2018 seinen Standpunkt zur Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen im Rahmen der Änderung des Schengener Grenzkodex fest. Es bestätigte die Position des EP-Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) vom 22.10.2018 mit 319 Stimmen zu 241 Gegenstimmen und 78 Enthaltungen. Das EP fordert u.a. die erstmalige Einführung von Grenzkontrollen auf zwei statt bisher sechs Monate zu begrenzen. Jede Verlängerung über zwei Monate soll einer detaillierten Risikobewertung bedürfen, jede Verlängerung über sechs Monate der Stellungnahme der Kommission sowie der Genehmigung des Rats. Die Maximaldauer von Grenzkontrollen aus demselben Grund soll ein Jahr statt bisher zwei Jahre betragen. Da der Rat sich bereits im Juni positioniert hatte, können die Trilog-Verhandlungen von Seiten des EP von Berichterstatterin Tanja Fajon (S&D, SLO) angeführt nunmehr beginnen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20181120IPR19549/schengen-neue-regeln-fur-befristete-kontrollen-an-den-binnengrenzen>

EuGH; keine gekürzten Sozialhilfeleistungen für nur befristete Asylberechtigte

Am 21.11.2018 entschied der EuGH in der Rechtssache C-713/17 (Ayubi), dass Asylberechtigten, denen nur ein befristetes Aufenthaltsrecht zuerkannt wurde, nicht weniger Sozialhilfe als eigenen Staatsangehörigen zustehen darf. Eine abweichende

Regelung verstoße gegen Art. 29 der Anerkennungsrichtlinie 2011/95/EU, worauf sich ein Flüchtling vor nationalen Gerichten berufen könne. Der Entscheidung liegt eine Vorabentscheidungsverfahren des Landesverwaltungsgerichts Oberösterreich zu Grunde. AUT änderte 2015 sein Asylgesetz dahingehend, dass Asylberechtigte vor Erhalt einer unbefristeten Aufenthaltsberechtigung zunächst eine auf drei Jahre befristete Aufenthaltsberechtigung erhalten. Zudem differenziert AUT bei der Leistung bedarfsorientierter Mindestsicherung: Asylberechtigte mit dauerhaften Aufenthaltsrecht erhalten Sozialhilfeleistungen in gleicher Höhe wie eigene Staatsangehörige. Asylberechtigte mit befristeten Aufenthaltsrecht erhalten eine Basisleistung zur Deckung des Lebensunterhalts und des Wohnbedarfs sowie einen vorläufigen Steigerungsbetrag.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=207944&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=2436499>

EuG; Ratsbeschluss zum Einfrieren von Geldern der Familie Mubarak bestätigt

Das Gericht der EU (EuG) verkündete am 22.11.2018 sein Urteil in den Rechtssachen T-274/16 (Saleh Thabet/Rat) und T-275/16 (Mubarak u.a./Rat). Ab 2011 erließ der Rat Maßnahmen, mit denen Gelder und andere wirtschaftliche Ressourcen von Familienmitgliedern des ehemaligen ägyptischen Präsidenten Mubarak eingefroren wurden. Mit Beschlüssen von 2016 und 2017 wurden die Maßnahmen verlängert. Als Grund nennt der Rat das in Ägypten eingeleitete gerichtliche Verfahren gegen diese Personen wegen rechtswidriger Verwendung staatlicher Gelder auf der Grundlage des UN-Übereinkommens gegen Korruption. Die Nichtigkeitsklagen dieser Personen wies das EuG ab und bestätigte die Beschlüsse des Rates von 2016 und 2017, das Einfrieren der Guthaben der Kläger zu verlängern. Zum Erlass der Beschlüsse verfügte der Rat über hinreichende tatsächliche Anhaltspunkte in Bezug auf den politischen und justiziellen Hintergrund in Ägypten und die Gerichtsverfahren gegen Mitglieder der Familie Mubarak.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2018-11/cp180182de.pdf>

Kommission; Veröffentlichung des E-Government-Benchmark-Berichts 2018

Am 22.11.2018 veröffentlichte die Kommission den E-Government-Benchmark-Bericht 2018. Die Verfügbarkeit und Qualität von digitalen öffentlichen Diensten in der EU insgesamt habe sich verbessert. Insgesamt seien erhebliche Fortschritte in Bezug auf die effiziente Nutzung öffentlicher Informationen und Dienste im Internet sowie die Transparenz der Tätigkeit von staatlichen Behörden erzielt worden. Erhebliche Fortschritte seien zudem bei der Kontrolle der Nutzer über personenbezogene Daten, der grenzüberschreitende Mobilität und der Verfügbarkeit von elektronischen Personalausweisen (eID) und anderen Dokumenten zu verzeichnen. Zehn Mitgliedstaaten (MS) (MTA, AUT, SWE, FIN, NDL, EST, LIT, LET, PTL, DNK) und Norwegen bieten hochwertige digitale Dienste in den wichtigsten Bereichen des täglichen Lebens wie Umzug, Arbeitssuche, Unternehmensgründung oder Studium an. DEU schneidet gemeinsam mit BEL, CYP, CZR und ITL bei der Einführung von öffentlichen Online-Diensten unterdurchschnittlich ab. Andrus Ansip, Vizepräsident für den digitalen Binnenmarkt, erklärte, Europa sei mit seinem technologischen Know-how bestens gerüstet, um den Erwartungen und Anforderungen der Menschen an öffentliche Dienste im digitalen Zeitalter gerecht zu werden und verweist auf die eID. Er betont, dass MS die nationalen Systeme für elektronische Identitätsnachweise untereinander akzeptieren und anerkennen müssten.

https://ec.europa.eu/germany/news/elektronische20181122_de

Kommission; WiFi4EU: 13.000 Bewerbungen für kostenlose Internet-Hotspots

Es besteht ein großes Interesse an kostenlosen drahtlosen Internet-Hotspots. Vom 07. bis 09.11.2018 konnten sich Gemeinden in ganz Europa für EU-finanzierte kostenlose Internet-Hotspots im öffentlichen Raum über das WiFi4EU-Webportal registrieren. Über 13.000 Bewerbungen sind beim ersten Aufruf auf dem WiFi4EU-Portal aus allen teilnehmenden Mitgliedstaaten eingegangen. Die meisten Bewerbungen stammen aus ITA (3.202), gefolgt von ESP (2.116) und DEU mit 1.824 Bewerbungen. Die Exekutivagentur für Innovation und Netze (INEA), die für die Durchführung des WiFi4EU-Programms zuständig ist, führt nun die notwendigen Prüfungen der Zulässigkeit und Förderfähigkeit der Kommunen durch. Die Gewinner dieser Ausschreibung werden im Dezember bekannt gegeben. 2.800 Gemeinden werden Gutscheine im Wert von je 15.000 Euro erhalten. Mit diesem Gutschein kann die Gemeinde einen Wi-Fi-Hotspot im öffentlichen Raum einrichten, darunter Rathäuser, öffentliche Bibliotheken, Museen, öffentliche Parks oder Plätze. In den kommenden zwei Jahren werden drei weitere WiFi4EU-Aufrufe organisiert. Für alle vier Aufforderungen stellt die Kommission 120 Mio. Euro für bis zu 8.000 Gemeinden in der gesamten EU zur Verfügung. Die Kommission wählt die Kommunen nach dem Prinzip „first-come, first-served“ aus. WiFi4EU-finanzierte Netzwerke sind kostenlos, werbefrei und frei von der Erfassung personenbezogener Daten. Gefördert werden Netze, die bestehende kostenlose private oder öffentliche Angebote ähnlicher Qualität nicht duplizieren.

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/preliminary-results-first-wifi4eu-call>

Bildung und Kultur

Rat; Ausbau und Stärkung des Programms Erasmus+

Der Rat der Bildungsminister hat auf seiner Sitzung am 26.11.2018 eine partielle allgemeine Ausrichtung zum Verordnungsvorschlag der Kommission zum ERASMUS+-Programm für die Jahre 2021-2027 festgelegt. Mit der vorgeschlagenen Verordnung soll das Angebot an Lernangeboten in Europa und darüber hinaus auf mehr Menschen als im Förderzeitraum 2014 – 2020 ausgeweitet werden. Die Minister einigten sich darauf, dass das Programm seinen bisherigen Namen ERASMUS+ beibehalten sollte, um seinen integrativen Ansatz zu unterstreichen. Die Minister betonten ausdrücklich, dass sich ihre Einigung zunächst nur auf die inhaltlichen Aspekte des Programms bezieht und Haushaltsaspekte des Verordnungsentwurfs explizit ausklammert, da die endgültigen Beträge von der Einigung über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen abhängen werden. Die Minister unterstützten die Position der Staats- und Regierungschefs der EU, die auf ihrer Tagung im Dezember 2017 gefordert hatten, dass die Mobilität und der Austausch junger Menschen u.a. durch ein substantiell verstärktes, integratives und erweitertes Erasmus+-Programm gesteigert werden müsse. Das neue ERASMUS+-Programm müsse daher auch für junge Menschen mit geringeren Möglichkeiten zugänglich gemacht werden. Ferner sollten die Chancen für Klein- und Basisunternehmen erhöht werden und das Lernen in allen Kontexten - formal, non-formal und informell – ermöglicht werden. Die vom Bildungsrat erzielte Einigung wird als Grundlage für die weiteren Verhandlungen mit dem EP dienen.

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-13943-2018-INIT/en/pdf>

Rat; Empfehlung zur Anerkennung von Bildungsabschlüssen

Der Rat der Bildungsminister hat in seiner Sitzung am 26.11.2018 eine Empfehlung zur automatischen gegenseitigen Anerkennung von Hochschul- und

Sekundarschulabschlüssen der Sekundarstufe II sowie der Ergebnisse von Lernphasen im Ausland angenommen. Mit der angenommenen Empfehlung soll sichergestellt werden, dass alle oben genannten Qualifikationen oder Ergebnisse von Auslandsaufenthalten, die von einer akkreditierten Einrichtung innerhalb der EU verliehen werden, bis 2025 automatisch zum Zwecke der Weiterbildung in allen Mitgliedstaaten (MS) anerkannt werden. Die Minister begrüßten die Initiative der Kommission als wesentlichen Schritt für die Entwicklung eines europäischen Bildungsraums. Im Dezember 2017 hatte der Europäische Rat die MS, den Rat und die Kommission aufgefordert, die Arbeit an einer Reihe von Schlüsselinitiativen, einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Diplomen, fortzusetzen. Die Kommission hatte ihren Vorschlag am 22.05.2018 vorgelegt.

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-13955-2018-INIT/en/pdf>

Rat; Debatte zur Einrichtung eines europäischen Bildungsraums bis 2025

Der Rat der Bildungsminister führte auf seiner Sitzung am 26.11.2018 eine Orientierungsaussprache über die Schaffung eines Europäischen Bildungsraums bis 2025. Bei der Aussprache diskutierten die Minister u.a. darüber, welche Maßnahmen auf Seiten der Mitgliedstaaten (MS) hilfreich sein könnten, um die Schaffung eines Europäischen Bildungsraums bis 2025 zu ermöglichen und zu fördern? Dabei wurde u.a. die Förderung der Mobilität, die Verbesserung der Fremdsprachenkenntnisse sowie eine verbesserte Anerkennung von Bildungsabschlüssen in der EU thematisiert. Auch ging es darum, wie die laufende Zusammenarbeit im Rahmen des strategischen Rahmens für Allgemeine und berufliche Bildung 2020, seines Nachfolgerahmens und anderer Instrumente der EU zur Schaffung des Europäischen Bildungsraums beitragen kann. Die Minister waren sich einig, dass das Programm Erasmus+ ein Schlüsselinstrument für die erfolgreiche Verwirklichung des Europäischen Bildungsraums ist. Ferner betonten sie die Notwendigkeit, mehr in die digitale Kompetenz der Lehrkräfte zu investieren. Mehrheitliche Unterstützung seitens der Minister fand auch die Initiative der Kommission, den Aufbau eines Netzwerks europäischer Universitäten zu unterstützen.

<https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/eycs/2018/11/26-27/>

Rat; Sachstandsbericht Kultur- und Kreativbranche angenommen

Die Ministerinnen und Minister für Kultur haben am 27.11.2018 einen Sachstandsbericht zu einem Vorschlag für ein neues Programm Kreatives Europa 2021-2027 zur Kenntnis genommen. Ziel dieses Programms ist die Förderung des audiovisuellen Sektors sowie der Kultur- und Kreativbranche in Europa. Ferner hat der Rat Schlussfolgerungen zum Arbeitsplan für Kultur (2019-2022) angenommen. Der Plan gilt als strategisches Instrument zur Festlegung von Prioritäten und zur Festlegung konkreter Maßnahmen zur Bewältigung des digitalen Wandels, der Globalisierung und der wachsenden gesellschaftlichen Vielfalt im Bereich der Kulturpolitik.

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-13948-2018-INIT/de/pdf>

E U – F ö r d e r p r o g r a m m e

Kommission; Neue Ausschreibung im Programm „Kreatives Europa“ veröffentlicht

Bis zum 03.01.2019 können sich Rechtsträger (einzelne juristische Personen oder Konsortien von Organisationen) bei der Kommission für die Koordinatorenrolle der Maßnahme „Konzeption und Management von Netzwerkaktivitäten und

Kapazitätenaufbau für Europäische Kulturerbestätten“ im Programm „Kreatives Europa“ bewerben. Ziel der Aktion ist es, Stätten, die mit dem Europäischen Kulturerbesiegel ausgezeichnet wurden, untereinander zu vernetzen sowie den Austausch guter Praxis und Capacity Building-Maßnahmen zu ermöglichen. Dies soll über eine verstärkte Kommunikation und gemeinsame Projekte im Bereich des Jugend- und Mitarbeiteraustauschs, des Ehrenamts und der kuratorischen Zusammenarbeit geschehen. Gemeinsame Bildungsmaßnahmen und Vermarktung sollen die internationale Handlungsfähigkeit der Kulturerbestätten stärken und die Sichtbarkeit des Europäischen Kulturerbesiegels erhöhen. Mit dem Europäischen Kulturerbesiegel werden alle zwei Jahre EU-weit Stätten ausgezeichnet, die die europäische Einigung, deren Ideale und Geschichte in besonderer Weise symbolisieren.

<https://ec.europa.eu/programmes/creative-europe/calls/eac-s39-2018>

Kommission; Erasmus+ – Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen für „Netzwerke und Partnerschaften von Berufsbildungsanbietern“

In der Leitaktion 3 „Unterstützung politischer Reformen“ zur Entwicklung und Umsetzung innovativer politischer Konzepte können bis zum 31.01.2019 Vorschläge zur Gründung und/oder Erweiterung von Netzwerken und Partnerschaften von Berufsbildungsanbietern in zwei Themenfeldern eingereicht werden. Themenfeld 1 betrifft mit Fördersummen von 300.000 bis 500.000 EUR nationale, regionale oder sektorale Berufsbildungsanbieterorganisationen, die mittels transnationaler Projekte Netzwerke und Partnerschaften zum Kapazitätsaufbau und zum Austausch guter Praxis aufbauen wollen. Daran müssen mindestens zwei Verbände aus mindestens zwei Erasmus+-Ländern beteiligt sein. Mit Fördersummen von 600.000 bis 800.000 EUR bezieht sich Themenfeld 2 auf europäische Berufsbildungsanbieter-Dachorganisationen, die europäische Berufsbildungspolitik weiterentwickeln und ihre Überlegungen mit den nationalen, regionalen und sektoralen Berufsbildungsanbieterorganisationen teilen. Für Maßnahmen in diesem Themenfeld müssen sich ebenfalls mindestens zwei europäische Dachorganisationen mit Mitgliedern aus mindestens fünf Erasmus+-Ländern zusammenfinden. Eingereichte Vorschläge sollen mindestens drei der folgenden Aktivitäten beinhalten: ein Beitrag zur Europäischen Woche der Berufsbildung, die Unterstützung oder Entwicklung einer Internationalisierungsstrategie auf Anbieterebene, die Entwicklung oder Verbesserung von Werdegang-Nachverfolgungssystemen, die Unterstützung von KMU, die Förderung des innovativen Erwerbs von Schlüsselkompetenzen in der Berufsbildung, die berufliche Entwicklung von Bildungspersonal. Alle Projekte werden anteilig finanziert, wobei die EU-Förderquote sich auf maximal 80% beläuft. Die Laufzeit der Projekte soll 24 Monate betragen und der Projektbeginn zwischen dem 01.09.2019 und dem 01.11.2019 liegen.

https://eacea.ec.europa.eu/erasmus-plus/funding/ka3-networks-and-partnerships-of-VET-providers_en

Kommission; Neue Ausschreibung im Rahmen der „Urban Innovative Actions“-Initiative

In der vierten Ausschreibungsrunde der „Urban Innovative Actions“ (UIA)-Initiative können Städte, Kommunen und Zusammenschlüsse von städtischen Behörden mit einer Mindesteinwohnerzahl von 50.000 Personen bis zum 31.01.2019 online über die UIA-Plattform Förderanträge für Projekte mit neuen und unerprobten Lösungen für Herausforderungen im urbanen Kontext einreichen. Mit einem Budget von ca. 80 bis 100 Mio. EUR sollen Projekte in den Bereichen digitaler Wandel, Armut in Städten, nachhaltige Landnutzung und naturbasierte Lösungen sowie Sicherheit in Städten, die den Kriterien Innovation, Partizipation, Messbarkeit, qualitative Hochwertigkeit und

Übertragbarkeit genügen, unterstützt werden. Ergebnisse der Projektauswahl sind bis März 2019 zu erwarten. Die ausgewählten Projekte sollen im September 2019 beginnen.

<https://www.uia-initiative.eu/en/call-proposals>

Kommission; Zweite Runde für weitere 12.000 Travel-Pässe für junge Menschen gestartet

Die Kommission hat im Rahmen des Programms „DiscoverEU“ weitere Travel-Pässe für eine Reise innerhalb Europas für junge Menschen bereitgestellt. Seit dem 29.11.2018, 12.00 Uhr MEZ bis zum 11.12.2018, 12.00 Uhr MEZ können sich junge Menschen, die 18 Jahre sind, um einen Travel-Pass bewerben, um im nächsten Sommer Europa zu entdecken. Mit diesem Aufruf hat die Kommission bereits die zweite Runde im Programm „DiscoverEU“ gestartet. In der ersten Runde wurden 15.000 Travel-Pässe vergeben. Teilnehmen können EU-Bürgerinnen und -Bürger, die zwischen dem 01.01.2000 und dem 31.12.2000 geboren sind. Bewerbung und Registrierung erfolgen auf dem Europäischen Jugendportal, auf dem Interessenten auch ihre Reisepläne angeben. Die Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber stützt sich auf fünf Multiple-Choice-Fragen zur europäischen Kultur und Vielfalt, zu EU-Initiativen für junge Menschen und zu den anstehenden Wahlen zum EP sowie auf eine zusätzliche Frage zu einem Thema im Zusammenhang mit der zweiten Runde. Erfolgreiche Antragstellerinnen und Antragsteller können zwischen dem 15.04. und dem 31.10.2019 zwischen 1 und 30 Tagen in Europa reisen. In dieser Ausschreibungsrunde sollen sich insbesondere Menschen mit besonderen Bedürfnissen oder Menschen, die sich sozialen Herausforderungen gegenübersehen, bewerben. Jedem Mitgliedstaat wurde entsprechend dem Bevölkerungsanteil an der EU-Gesamtbevölkerung eine bestimmte Zahl von Travel-Pässen zugewiesen.

https://europa.eu/youth/discovereu_de

V e r a n s t a l t u n g e n

Hessisches Weinfest: Präsentation hessischer Weine und kulinarischer Vielfalt

Ehrengast und Festredner beim 13. Hessischen Weinfest am 20.11.2018, zu dem Europaministerin Lucia Puttrich in die Hessische Landesvertretung in Brüssel eingeladen hatte, war Martin Kotthaus, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Belgien. „Mit dem Weinfest wollen wir ein Stück der Gastfreundschaft zurückgeben, der wir hier begegnen“, sagte der Hessische Europastaatssekretär Mark Weinmeister zur Eröffnung. Botschafter Martin Kotthaus lobte die Hessische Landesvertretung für ihre Initiative, hessische Weine in BEL vorzustellen. Das habe sicher dazu beigetragen, deutsche Weine in BEL bekannter zu machen. Kotthaus lag aber auch ein sehr ernstes Thema am Herzen: Das europäische Friedensprojekt und seine Zukunft und erinnerte an die beiden Weltkriege. Seit Jahren ist das Hessische Weinfest in Brüssel sehr beliebt. Auch in diesem Jahr trafen rund 1000 Gäste, darunter EU-Kommissar Günther H. Oettinger, zahlreiche MdEP, Mitglieder des Hessischen Landtags, EU-Botschafter und Beamte der EU-Institutionen, Repräsentanten von Regionen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Medien, in der Hessischen Landesvertretung zusammen. Winzer aus den beiden hessischen Weinbaugebieten Rheingau und Hessische Bergstraße präsentierten eine Auswahl ihrer Spitzenweine. Im Mittelpunkt standen auch in diesem Jahr die klassischen hessischen Rieslingweine. Aber auch andere Sorten wie Grauer und Weißer Burgunder sowie erstklassige Winzersekte genießen in Brüssel seit Jahren hohes Ansehen. An einem Sonderstand hatten die Gäste Gelegenheit, unter dem Motto

„Hessens rote Meisterwerke“ eine Auswahl hochwertiger Spätburgunderweine zu kosten. Mark Weinmeister dankte allen, die nach Brüssel angereist waren, um ihre hessischen Weine und regionalen Spezialitäten zu präsentieren. Für das leibliche Wohl der Gäste sorgte die Marketinggesellschaft „Gutes aus Hessen“ zusammen mit der Metzgerei Henrici mit typischen Spezialitäten, beispielsweise „Frankfurter Grüne Soße“, „Handkäs“, „Ahle Wurst“ und „Ebbelwoi“ der Kelterei Heil sowie Bier von der Pfungstädter Brauerei.

Vorstand des Landesverbands Hessen des VCI tagt in Brüssel

Am 20.11.2018 tagte der Vorstand des Landesverbands Hessen des Verbands der Chemischen Industrie (VCI) in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU. Nach der Begrüßung tauschten sich die Mitglieder des Vorstands mit dem Hessischen Staatssekretär für Europaangelegenheiten, Mark Weinmeister, über aktuelle, die chemische Industrie betreffende Themen auf europäischer Ebene aus. Bei einem Gespräch mit Michael Hager, Kabinettchef des EU-Kommissars für Haushalt und Personal Günther H. Oettinger, sprachen sich die Vorstandsmitglieder über aktuelle Entwicklungen der Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU und dem BREXIT aus. Mit MdEP Thomas Mann (EVP/DEU) unterhielt sich die Delegation anschließend über aktuelle industriepolitische Themen im EP und die bevorstehenden Wahlen zum EP im Mai 2019.

Delegationsreise Kreishandwerkerschaft

Vom 20. bis 21.11.2018 fand eine Delegationsreise der Kreishandwerkerschaft Waldeck-Frankenberg unter Leitung von Hauptgeschäftsführer Gerhard Brühl nach Brüssel statt. Europastaatssekretär Mark Weinmeister begrüßte die Gäste. Die Teilnehmer hatten ein umfangreiches Programm. Neben Gesprächen zur KMU-Politik besuchten die Teilnehmer auch das EP zum Gespräch mit MdEP Thomas Mann (EVP/DEU) und nahmen am jährlichen Hessischen Weinfest teil.

Delegationsreise des Industrie- und Handelskammertages Hessen

Vom 21. bis 22.11.2018 tagten die Präsidenten und Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammern (IHK) Hessens unter Leitung von Herrn Eberhard Flammer, Präsident des Hessischen Industrie- und Handelskammertages in der Hessischen Landesvertretung. Zum Auftakt fand ein Gespräch mit Europastaatssekretär Mark Weinmeister statt. Auf dem Programm standen u.a. Gespräche mit den hessischen MdEP und ein Gespräch mit Haushaltskommissar Günther H. Oettinger. Die Teilnehmer sprachen mit Vertretern der Europäischen Institutionen über aktuelle Themen, wie u.a. die Handelspolitik der EU und diskutierten über wirtschaftspolitische Fragen, die besonders für die Mitgliedsunternehmen der unterschiedlichen IHKs von Relevanz sind.

Crisis Talk – Die Krise Europas als Krise ihres Mehrwerts?

Am 22.11.2018 lud die Hessische Europaministerin Lucia Puttrich zu der Mittagsveranstaltung „Die Krise Europas als Krise ihres Mehrwerts?“ ein, die in Kooperation mit dem Leibniz-Forschungsverbund „Krisen einer globalisierten Welt“ und dem DFG-Exzellenzcluster „Die Herausbildung normativer Ordnungen“ durchgeführt wurde. In seiner Begrüßung hob Dr. Stefan Kroll, Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, zunächst hervor, dass es das gemeinsame Ziel der Forscherinnen und Forscher im Leibniz-Forschungsverbund sei, zu verstehen, wie sich die politischen, ökonomischen sowie ökologischen Bedingungen der Globalisierung wechselseitig beeinflussten, um daraus Handlungsoptionen abzuleiten. Es gehe um Wissenstransfer als Dialog zwischen Theorie und Praxis. Dies werde beim Thema europäischer Mehrwert gut sichtbar: Die

europäische Politik werde die Bürgerinnen und Bürger für sich einnehmen können, wenn es ihr gelänge, einen größeren Nutzen zu stiften als es den einzelnen Regierungen möglich wäre. Zugleich werde die europäische Politik an Anerkennung gewinnen, wenn sie sich zurücknehme, wo immer die Mitgliedstaaten effektivere Mittel besitzen. Prof. Dr. Friedrich Heinemann, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, führte in seiner Impulsrede quantitative Kriterien aus, anhand derer der ökonomische Mehrwert der EU-Politik bestimmt werden könne. Die lebendige Diskussion, an der neben Heinemann noch MdEP Jo Leinen (S&D/DEU) und Benjamin Hartmann, Kommission, European Political Strategy Centre, teilnahmen, fokussierte zunächst die Frage, in welchen Bereichen der EU-Politik Mehrwertversprechen erfüllt wurden und in welchen eher nicht. Insbesondere bei den europäischen Krisen, so Jo Leinen, offenbare sich den Bürgerinnen und Bürgern, dass der europäische Zusammenhalt einen unübersehbaren Mehrwert an sich darstelle. Benjamin Hartmann führte bei der Differenzierung des „Mehrwerts“ aus, dass er zum einen als eine Frage des Haushalts und zum anderen als ein Aspekt des Grundsatzes der „Subsidiarität“ zu verstehen sei, wobei Letzteres die Gesetzgebung adressiere. Moderiert wurde die Veranstaltung von Charlotte Geerdink, Charly Speaks.

12. Pharma-Lunch in der Hessischen Landesvertretung

Auf Einladung der Vertretung des Landes Hessen bei der EU und des VCI Landesverband Hessen im Verband der Chemischen Industrie fand am 22.11.2018 der 12. EU-Pharmalunch in der Hessischen Landesvertretung statt. Thema waren die EU-Änderungsverordnung zur Ausnahme von Arzneimitteln vom ergänzenden Schutzzertifikat SPC, womit die Herstellung von Generika und Biosimilars für den Export in Drittländer ohne Patent- oder Zertifikatsschutz erlaubt werden soll, sowie der europäische Prozess bei der klinischen Bewertung von Arzneimitteln und bestimmten Medizinprodukten (HTA), zu der die Kommission im Januar 2018 einen Verordnungsentwurf vorgelegt hat. Gregor Disson, Geschäftsführer des Landesverbands Hessen im Verband der Chemischen Industrie, begrüßte die Gäste und machte deutlich, dass der VCI nicht nur an aktuellen europapolitischen Industriethemen arbeite, sondern sich auch aktiv im Vorfeld der Wahlen zum EP im Frühjahr 2018 engagiere. Man müsse aktiv gegen populistische und antieuropäische Tendenzen vorgehen. Ortwin Schulte, Leiter des Referats Gesundheit der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU, stellte anschließend den Sachstand der Gesetzgebungsprozesse im Rat dar und erläuterte die Sicht der Bundesregierung. MdEP Tiemo Wölken (S&D/DEU), Mitglied des Gesundheitsausschusses des EP, gab den Gästen einen Überblick über den Diskussionsstand zu den entsprechenden Dossiers im EP. Weiterer Referent war Kevin Rieger, Leiter des Brüsseler Büros des Bundesverbands der Pharmazeutischen Industrie (BPI), der eine Einordnung der Thematik aus Sicht der Industrie vornahm.

Gegenwart und Zukunft internationaler Forschungsförderung – Beitrag des europäischen Projekts zur globalen Wissenschaft

Die Hessische Europaministerin Lucia Puttrich lud am 22.11.2018 zu einer Abendveranstaltung mit dem Präsidenten des Europäischen Forschungsrats (ERC), Professor Jean-Pierre Bourguignon, ein, die im Rahmen der Reihe „Europa im Gespräch“ stattfand. In seiner Impulsrede ging Bourguignon zunächst auf die Entstehungsgeschichte des ERC ein, um davon ausgehend die Bedeutung sowie die Erfolge des Forschungsrats zu skizzieren und diese zugleich mit den Herausforderungen in Beziehung zu setzen. Im Anschluss folgte ein Gespräch mit Professor Bourguignon, das Stephan Kuster, Generalsekretär des Science|Europe, der Verband der europäischen Forschungsförderungsorganisationen mit Sitz in Brüssel, moderierte. Beim Rückblick auf 10 Jahre des Bestehens des ERC, an dessen

Spitze Bourguignon steht, wurde zunächst konstatiert, dass der Forschungsrat eine europäische Erfolgsgeschichte für exzellente Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sei. Der ECR habe seit seiner Gründung 2007 als eine Institution zur Finanzierung von Grundlagenforschung durch die Kommission - eine Komponente des EU Forschungsrahmenprogramms - Errungenschaften für Europa und den globalen Forschungsraum geschaffen und hebe die internationale Dimension der Forschungsförderung hervor. Als Aushängeschild der europäischen Forschung, überzeugt von der Bedeutung von Grundlagenforschung für Innovation und im Zeichen von Kontinuität und Agilität habe der ERC zu über 800 Patentanmeldungen und über 100 Firmengründungen geführt. Der ERC trage zugleich aber auch zur Festigung fundamentaler Werte Europas bei, wie etwa die Freiheit der Wissenschaft. Doch stellten die zunehmende Konkurrenz aus Asien sowie die Unsicherheiten durch den Brexit die vielseitigen Herausforderungen für die globale Forschungsförderung aus europäischer Perspektive dar.

Staatssekretär Mark Weinmeister zu Gesprächen in LUX

Europastaatssekretär Mark Weinmeister hat am 27.11.2018 Gespräche in LUX geführt. Zunächst traf er mit dem Generaldirektor des Amtes für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Dr. Rudolf Strohmeier, zusammen, Gesprächsthema war u.a. der digitale Zugang zu EU-Informationen und Daten. Mit der deutschen Generalanwältin am EuGH, Prof. Dr. Juliane Kokott, und Alfred Dittrich, deutscher Richter am Gericht der Europäischen Union (EuG) erörterte Staatssekretär Weinmeister insbesondere die Auswirkungen des Brexit auf den EuGH und aktuelle EuGH-Verfahren im Bereich Rechtsstaatlichkeit. Weinmeister erkundigte sich außerdem nach der jüngsten Rechtsprechung im Bereich Asyl und Migration. Auch die Arbeitsbelastung am EuG war Gegenstand des Gesprächs. Im Anschluss fand ein Gespräch mit dem Präsidenten des Europäischen Rechnungshofs (EuRH), Klaus-Heiner Lehne, statt. Bei einem Austausch zu aktuellen Prüfungsthemen wurde insbesondere auf die mögliche Flexibilisierung bei Mitteln des Mehrjährigen Finanzrahmens eingegangen und über eine einfachere Ausgestaltung bei den Förderprogrammen gesprochen. Weitere Punkte waren die Entschlackung bei der Prüfung und die Zusammenarbeit der Institutionen, um eine Doppelprüfung zu vermeiden. Schließlich wurde noch ein Ausblick über die anstehenden Prüfungsthemen wie Migration, Grenzschutz und Forschung gegeben.

Hessischer Jahresempfang in LUX

Auf Einladung der Hessischen Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich trafen sich am 27.11.2018 die deutschen Angehörigen der in LUX ansässigen europäischen Institutionen zum Hessischen Jahresempfang. In seiner Begrüßung betonte Staatssekretär Weinmeister das große Interesse von Hessen, weiterhin im engen Austausch mit den deutschen Entscheidungsträgern nicht nur in Brüssel und Straßburg, sondern auch in LUX zu bleiben. LUX sei ein wichtiger Standort der europäischen Idee. Dr. Heinrich Kreft, deutscher Botschafter in LUX, verwies in seinem Grußwort auf die Internationalität von LUX, wo 48 Prozent der Einwohner aus anderen Staaten stammen. Die Mehrsprachigkeit der Menschen in LUX komme dem europäischen Ideal sehr nah. Botschafter Kreft betonte die Notwendigkeit von Integration von Zugezogenen – eine gelungene Integration sei entscheidend für die Zukunftsfähigkeit eines Landes und sei auch ein Schlüssel für eine starke Region. Er erinnerte an das Ende des Ersten Weltkrieges und die Bedeutung der europäischen Erinnerungskultur. Für die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU überbrachte die Leiterin des Arbeitsbereichs „EU-Personalpolitik“ Maike Tribbels die Grüße von Botschafter Michael Clauß.

Wege zu einer höheren Wettbewerbsfähigkeit des EU Bankensektors

Am 28.11.2018 fand auf Einladung der Hessischen Europaministerin Lucia Puttrich eine mit dem Bankenverband und dem IW Köln gemeinsam ausgerichtete Veranstaltung mit dem Titel „Wege zu einer höheren Wettbewerbsfähigkeit des EU Bankensektors“ in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel statt. Nach begrüßenden Worten von Europastaatssekretär Mark Weinmeister sprachen Prof. Dr. Michael Hüther, Direktor des Instituts der Deutschen Wirtschaft, und Dr. Christian Ossig, Hauptgeschäftsführer des Bankenverbands, über die Fragmentierung des europäischen Bankensektors und Maßnahmen zur Vereinheitlichung. Dabei wurde als Beispiel der Kapitalmarkt der USA herangezogen, nach dessen Vorbild in der EU ein ähnliches „level playing field“ geschaffen werden könne. Außerdem wurde die schlechte Ertragslage der europäischen Banken angesprochen, für die in erster Linie notleidende Kredite und hohe Kosten für z.B. die Digitalisierung verantwortlich seien. In der anschließenden Podiumsdiskussion mit Jan Ceyskens, Mitglied im Kabinett von Vizepräsident Valdis Dombrovskis, und Jernej Omahen, Goldman Sachs, wurde deutlich, dass aktuell mangelnder politischer Konsens der Errichtung einer Kapitalmarktunion im Wege stehe und sich dieses Bild mit Blick auf die Europawahl 2019 noch verstärken könne. Die Podiumsdiskussion wurde vom stellvertretenden Chefredakteur der Börsenzeitung Dr. Detlef Fechtner moderiert.

Besuch der Wiesbadener Juristischen Gesellschaft

Die Wiesbadener Juristische Gesellschaft war am 28./29.11.2018 Gast in der Landesvertretung. Nach der Begrüßung durch Europastaatssekretär Mark Weinmeister besuchte die Gruppe die Miniplenartagung des EP und tauschte sich mit MdEP Tiemo Wölken (S&D/DEU) über aktuelle rechts- und haushaltspolitische Dossiers im EP aus. Auch die Parlamentsarbeit in der Praxis stieß auf großes Interesse. Am zweiten Besuchstag berichtete zunächst der Deutsche Anwaltverein (DAV) über seine Tätigkeiten und die anwaltliche Interessenvertretung bei der EU. Anschließend gab Stefan Otten von der Generaldirektion Justiz und Verbraucher der Kommission einen Einblick in seine Arbeit. Im Mittelpunkt der Diskussion mit den Gästen standen dabei die Legislativvorschläge der Kommission im Bereich Warenkauf und Verträge über digitale Inhalte.

Delegationsreise der Gesellschaft für kommunale Kooperation mbH

Vom 28. bis 30.11.2018 war die Gesellschaft für kommunale Kooperation mbH zu Gesprächen in Brüssel. Es fand u.a. neben der Begrüßung von Europastaatssekretär Mark Weinmeister in seinem Beisein ein Gedankenaustausch mit hessischen und niedersächsischen MdEP über die aktuelle EU-Energiepolitik und die Rolle der lokalen Energieerzeuger und Verteilnetzbetreiber in der Hessischen Landesvertretung statt. Zudem gab es Gespräche mit Vertretern der Deutschen Industrie- und Handelskammer in Brüssel sowie dem Verband Kommunaler Unternehmen.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Europäischer Rat

13./14.12.2018

Europäischer Rat

Rat

03.12.2018	Eurogruppe
03.12.2018	ECOFIN- Rat
	TTE-Rat (Transport)
04.12.2018	TTE-Rat (Telekommunikation)
06./07.12.2018	JI-Rat
06.12.2018	Rat der Innenminister am
07.12.2018	Rat der Justizminister am
07.12.2018	EPSCO (Beschäftigung)
10.12.2018	FAC (Auswärtige Angelegenheiten)
11.12.2018	GAC (Auswärtige Angelegenheiten)

Europäische Kommission

05.12.2018	Mitteilung der Kommission „Auf dem Weg zu einer stärkeren internationalen Rolle des EUR“ Empfehlungen der Kommission zur internationalen Rolle des EUR im Energiebereich – Arbeitspapier zum Dienstleistungsbereich Mitteilung zur Zusammenarbeit im Bereich der Künstlichen Intelligenz Mitteilung zur Bekämpfung von Fakenews Mitteilung zur Steuerung der Migration in all ihren Aspekten: Fortschritt der europäischen Migrationsagenda
11.12.2018	Vorbereitung des Europäischen Rates 17. Fortschrittsbericht der Sicherheitsunion Fortschrittsbericht über den Bürgerdialog und die Bürgerbefragung

Europäisches Parlament

10.-13.12.2018	<u>Themen Plenarsitzung des EP</u> Wirtschaftspartnerschaftsabkommen EU-Japan Schutz der Arbeitnehmer vor den Gefahren der Exposition gegenüber Karzinogenen oder Mutagenen am Arbeitsplatz Transparenz und Nachhaltigkeit der EU-Risikobewertung in der Lebensmittelkette Vollständige Anwendung der Bestimmungen des Schengen-Besitzstands in BUL und ROM Militärische Mobilität Bildung im digitalen Zeitalter: Herausforderungen, Chancen, Chancen und Lehren für die Gestaltung der EU-Politik Neue Europäische Agenda für Kultur Erklärungen des Rates und der Kommission - Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates vom 13. und 14.12.2018
----------------	--

Gemeinsames Mehrwertsteuersystem in Bezug auf die vorübergehende Anwendung eines allgemeinen Reverse-Charge-Verfahrens bei Lieferungen von Waren und Dienstleistungen ab einem bestimmten Schwellenwert
 Ergänzung der EU-Typgenehmigungsvorschriften im Hinblick auf den Austritt von GBR aus der EU
 Feststellungen und Empfehlungen des Sonderausschusses Terrorismus
 Jahresbericht über die Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik
 Jahresbericht über die Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik
 Jahresbericht über Menschenrechte und Demokratie in der Welt 2017 und die Politik der Europäischen Union
 Assoziationsabkommen EU-Ukraine
 Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (Cedefop)
 Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA)
 Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound)
 Aussprache mit dem Präsidenten der Republik CYP, Nicos Anastasiades, über die Zukunft Europas
 Luftverkehrsabkommen EU-Jordanien Europa-Mittelmeer (Beitritt Kroatiens)
 Binnenmarktpaket
 Gemeinsames System einer digitalen Dienstleistungssteuer auf Einnahmen aus der Erbringung bestimmter digitaler Dienste
 Unternehmensbesteuerung einer bedeutenden digitalen Präsenz
 Beschleunigte Beilegung von Handelsstreitigkeiten
 Tätigkeiten des Europäischen Bürgerbeauftragten im Jahr 2017 In Anwesenheit von Emily O'Reilly, Europäischer Bürgerbeauftragter
 Beratungen des Petitionsausschusses 2017
 Entschließungsanträge zu Aussprachen über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Artikel 135 GO)

Ausschuss der Regionen

05./06.12.2018

132. AdR-Plenarsitzung

Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen
 Vorschlag für eine Verordnung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und den Kohäsionsfonds
 Vorschlag für eine Verordnung über besondere Bestimmungen für die „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ (Interreg)
 Verordnung über einen Mechanismus in einem grenzübergreifenden Kontext

Vorschlag für eine Verordnung über den Europäischen Sozialfonds Plus
 Reform der GAP
 Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung
 EU-Reformhilfeprogramm und Investitionsstabilisierungsfunktion
 Binnenmarktprogramm
 Das Programm InvestEU
 Das Weltraumprogramm der Union und die Agentur der Europäischen Union für das Weltraumprogramm
 Programm „Digitales Europa“ (2021-2027)
 Solidaritätskorps und die neue EU-Strategie für junge Menschen
 Nachbarschaft und die Welt
 Besteuerung der digitalen Wirtschaft
 Finanzierung nachhaltigen Wachstums
 Modelle lokaler Energie-Ownership und die Rolle lokaler Energiekommunen im Rahmen der Energiewende in Europa
 Vorschlag für eine Verordnung über Mindestanforderungen für die Wasserwiederverwendung
 Erweiterungspaket
 Entschließung zu den Prioritäten des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission 2019

13.12.2018

ECON-Fachkommissionssitzung

Das Europäische Semester und die Kohäsionspolitik: Abstimmung von Strukturreformen auf langfristige Investitionen (Meinungsaustausch)

14.12.2018

COTER-Fachkommissionssitzung

Straffung der TEN-V-Umsetzung (Abstimmung)
 Straßenverkehrssicherheit und automatisierte Mobilität (Abstimmung)

Europäischer Gerichtshof

04.12.2018

Schlussanträge in der Rechtssache C-621/18 Whightman u. a. - Widerrufbarkeit der Brexit-Erklärung

05.12.2018

Schlussanträge in der Rechtssache C-450/17 P Landeskreditbank Baden-Württemberg / EZB - Direkte Bankenaufsicht durch die EZB

06.12.2018

Urteil in der Rechtssache C-675/17 Preindl - Anerkennung des Doppelstudiums der Human- und Zahnmedizin?

06.12.2018

Urteil in der Rechtssache C-305/17 FENS - Freier Warenverkehr – Elektrischer Strom

- 06.12.2018 Schlussanträge in den Rechtssachen C-24/17 Österreichischer Gewerkschaftsbund und C-396/17 Leitner - Anrechnung von Vordienstzeiten
- 11.12.2018 Urteil (Große Kammer) in der Rechtssache C-493/17 Weiss u.a. - Anleihekaufprogramm der EZB
- 11.12.2018 Mündliche Verhandlung (Große Kammer) in der Rechtssache C-591/17 Österreich / Deutschland - Deutsche Infrastrukturabgabe für PKW
- 12.12.2018 Schlussanträge in der Rechtssache C-476/17 Pelham u. a. - Tonträger-Sampling
- 13.12.2018 Urteil in der Rechtssache C-492/17 Südwestrundfunk gegen Tilo Rittinger u. a. – Rundfunkbeitrag
- 13.12.2018 Urteil in der Rechtssache C-385/17 Hein - Auswirkungen von Kurzarbeit auf Urlaubsentgelt
- 13.12.2018 Urteil in den verbundenen Rechtssachen C-412/17 Touring Tours und Travel und C-474/17 Sociedad de Transportes - Passkontrollen durch Busfahrer vor Einreise nach Deutschland
- 13.12.2018 Urteile in den verbundenen Rechtssachen C-138/17 P Europäische Union / Gascogne Sack Deutschland und Gascogne und C-146/17 P Gascogne Sack Deutschland und Gascogne / Europäische Union, in der Rechtssache C-150/17 P Europäische Union / Kendrion sowie in den verbundenen Rechtssachen C-174/17 P Europäische Union / ASPLA und Armando Álvarez und C-222/17 P ASPLA und Armando Álvarez / Europäische Union - Schadensersatzklagen wegen überlanger Verfahrensdauer
- 13.12.2018 Schlussanträge in der Rechtssache C-299/17 VG Media - Schadensersatzklage gegen Google wegen Presse-Snippets

Gericht der Europäischen Union

- 12.12.2018 Urteile in den Rechtssachen T-677/14 Biogaran /, T-679/14 Teva UK e.a. /, T-680/14 Lupin /, T-682/14 Mylan Laboratories et Mylan /, T-684/14 Krka /, T-701/14 Niche Generics /, T-705/14 Unichem Laboratories /, T-691/14 Servier e.a. / Kommission - Behinderung der Markteinführung kostengünstiger Herz-Kreislauf-Arzneimittel
- 12.12.2018 Urteil in der Rechtssache T-358/17 Mubarak / Rat - Restriktive Maßnahmen – Ägypten

- 13.12.2018 Urteil in den verbundenen Rechtssachen T-339/16 Paris / T-352/16 Brüssel / und T-391/16 Madrid / Kommission - Euro-6-Norm
- 13.12.2018 Urteile in den Rechtssachen T-827/14 Deutsche Telekom und T-851/14 Slovak Telekom / Kommission - Marktmachtmissbrauch auf dem slowakischen Breitbandmarkt
- 13.12.2018 Urteil in der Rechtssache T-77/16 Ryanair und Airport Marketing Services / Kommission - Staatliche Beihilfen – Flughafen Zweibrücken
- 13.12.2018 Urteil in der Rechtssache T-165/16 Ryanair und Airport Marketing Services / Kommission - Staatliche Beihilfen – Flughafen Altenburg-Nobitz
- 13.12.2018 Urteile in den Rechtssachen T-630/15 Scandlines Danmark und Scandlines Deutschland / Kommission und T-631/15 Stena Line Scandinavia / Kommission - Staatliche Beihilfen – Straßen- und Eisenbahnverbindung über den Fehmarnbelt

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 17.12.2018.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa	ALDE
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion „Europa der Freiheit und der direkten Demokratie“	EFDD
Europa der Nationen und der Freiheit	ENF
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Vereinigtes Königreich	GBR
Zypern	CYP